

# *Sven Töniges*

---

aus Deutschland



## Stipendien-Aufenthalt in Guatemala

vom 16. September bis 15. Dezember 2006



**„Für Kapital und Güter gibt es keine Grenzen  
mehr – für die Menschen sehr wohl.“  
Grenzerfahrungen in Guatemala und Mexiko.**

Von Sven Töniges

Guatemala, vom 16. September bis 15. Dezember 2006





# Inhalt

1. Zur Person	440
2. Die Furt des Gerümpels	440
3. Guatemala 2006: 10 Jahre Frieden niederer Intensität	443
4. Kein Staat zu machen	447
5. Adolf Strudels wundersame Reise in den Urwald	448
6. Clase de Deportación	453
7. Millionen nach Norden, Milliarden nach Süden	457
8. Viva Mexico	459
9. Zwischen Migra und Mara	461
10. Im Reich der Bestie	466
11. Fremdenverkehrsindustrie	469
12. Arriaga	474
13. Ambivalenz	476
14. Credits	479

## 1. Zur Person

Sven Töniges, Jahrgang 1976, studierte Angloamerikanische Geschichte, Germanistik und Mittlere und Neuere Geschichte in Köln und Barcelona. Von Karl Kraus erfuhr er, dass der Historiker auch nur ein rückwärtsgewandter Journalist ist, weshalb er sich dann doch für die Geschichte der Gegenwart entschied. Die aufzuzeichnen suchte er unter anderem als Film-Redakteur beim Kölner Stadtmagazin ‚Einblick‘, in Hospitanzen und freier Mitarbeit beim HR, ZDF oder in der Politischen Öffentlichkeitsarbeit im Auswärtigen Dienst und als Hörfunk-Autor für Deutschlandfunk und WDR. In dessen Hörspiel- und Feature-Abteilung ist er seit 2001 freier Mitarbeiter.

## 2. Die Furt des Gerümpels

Es ist gegen 11 Uhr morgens, das Thermometer bezeugt 32 Grad im Schatten. Und es scheint, als verdampfe der träge, lehmgelbe Fluss aus schierer Böswilligkeit, um jedes Stück Kleidung feuchtschwül am Körper pappen zu lassen. Wie an jedem späten Vormittag schweift Ricardo Vazquez' Blick über den rund hundert Meter breiten Strom. Ob dieser Blick Gleichmut oder Langeweile bedeutet, bleibt hinter seiner enormen Pilotenbrille verborgen. Es ist ein Original dieses nicht eben billigen, goldgerandeten amerikanischen Modells, das bei Verkehrspolizisten in aller Welt so beliebt ist. Auch Ricardo war einmal Polizist.

Was sich nun auf seiner Sonnenbrille spiegelt, hätte ihn polizeilich auf den Plan rufen müssen: Auf dem Fluss herrscht so rege wie unaufgeregt ein eigentümlicher Fährverkehr. Von Ufer zu Ufer treiben Dutzende prall aufgepumpter LKW-Schläuche, je paarweise mit Holzlatten verschnürt und beladen mit einigen Passagieren, Kartons, Kanistern, Kleiderbündeln oder Paletten. Fünf Minuten brauchen die Fährmänner zum Übersetzen. Entweder indem sie sich auf dem Floß balancierend mit einer Lanze durch den Fluss hangeln oder indem sie das Schlauch-Ensemble an Stricken durch den in der Mitte etwa brusthohen Fluss watend hinter sich her ziehen. „Wir nennen das hier die Furt des Gerümpels“, erklärt Ricardo. „Die Leute schaffen hier alles Mögliche rüber. Informell, versteht sich.“ Durchaus formell spannt sich dagegen im Hintergrund eine Betonbrücke über den Fluss. Sie wird von überlebensgroßem Maschendraht gesäumt. Ein einsamer, mit Plastiktüten behangener Fahrradfahrer überquert die Brücke. Darunter, in der Flussmitte droht das hohe Floßaufkommen, sich selbst in die Quere zu kommen. Vor uns landen gerade gleichzeitig drei beachtlich beladene Flöße an. Es ist mexikanischer Uferschlamm, in den die Passagiere nun stapfen. Der Fährmann

stößt sich mit seiner Lanze ab, zurück ans gegenüberliegende, ans guatemalteckische Ufer.

Wir sind am Rio Suchiate, der natürlichen Grenze zwischen Guatemala und Mexikos südlichem Bundesstaat Chiapas. Hier, auf der Landenge von Tehantuapec, stoßen Mittel- und Nordamerika aneinander. Geographisch und geopolitisch. Denn der trüb vor sich hin fließende Suchiate ist eine Zonengrenze: die einzige Landgrenze des NAFTA, des 1994 zwischen Kanada, den USA und Mexiko geschlossenen Nordamerikanischen Freihandelsabkommens. Geopolitisch befinden wir uns hier an der Südgrenze der USA. Die stellt man sich gewiss anders vor; einzige Befestigung weit und breit ist das hochgezäunte Gelände der verwaisten Brücke – der offizielle Grenzübergang zwischen dem guatemalteckischen Städtchen Tecún Uman und dem mexikanischen Vorposten Ciudad Hidalgo. Auf die Passagiere der improvisierten Flöße warten keine Grenzpatrouillen. Nach der dreißig Cent teuren Überfahrt stehen am Ufer die nächsten Dienstleister bereit: junge Männer mit Rikschas, der öffentliche Nahverkehr in Ciudad Hidalgo.

Ricardo Vazquez kann daran nicht viel finden. Seit jeher habe es diesen kleinen Grenzverkehr gegeben. „Vielleicht wisst Ihr Europäer das nicht, aber bei uns in Mexiko machen die Gewohnheiten die Gesetze. Und dieser Übergang ist so eine Gewohnheit. Wöchentlich passieren so einige zehntausend Leute die Grenze. In beide Richtungen.“ Und das unbehelligt von irgendwelchen Ein- oder Ausreiseformalitäten. Seit Menschengedenken schaffen die Bauern ihre Waren so über den Fluss, um sie auf den Märkten der Region zu verkaufen. Aber aus dem kleinen regionalen Grenzverkehr ist längst ein großer, ein transkontinentaler geworden. Deswegen kommt Ricardo täglich hierher. Er ist Mitarbeiter der Grupo Beta, einer Unterabteilung der mexikanischen Migrationsbehörde. Ihre Aufgabe ist es, in Not geratenen Migranten zu helfen. Er zeigt auf ein Floss in etwa dreißig Metern Entfernung, besetzt mit drei jungen Männern mit Baseballkappen. Zwei haben kleine Sporttaschen bei sich, der dritte einen Rucksack. „Das sind mit Sicherheit Zentralamerikaner. Die wollen in die USA,“ sagt Vazquez. Das Floß landet an, die Männer springen ab, besteigen eine der Rikschas und ziehen ab.

Alle 20 Sekunden überquert ein Mensch illegal die mexikanisch-US-amerikanische Grenze, das sind pro Jahr geschätzte 1,8 Millionen Menschen. 2005 waren darunter allein 582.000 Mexikaner, den Rest machen in der Überzahl Mittelamerikaner aus. Aber wie viele Guatemalteken, Salvadorianer, Honduraner oder Nicaraguaner schaffen es überhaupt bis an die US-Grenze? Wieviele scheitern auf ihrem Weg ‚al norte‘ am riesigen Transitland Mexiko? Fast alle kommen sie hier vorbei, am Rio Suchiate, an dessen nördlichem Ufer der gefährlichste Teil der Reise beginnt. Denn so einfach der eigentliche Grenzübertritt hier ist, so schwierig sind die nun folgenden

3.000 Kilometer. Laut US-amerikanischen Behörden wurden 2005 über 1,1 Millionen Mittelamerikanerinnen und Mittelamerikaner in Mexiko aufgegriffen und abgeschoben.

Mexikos Nordgrenze kann sich permanenter medialer Aufmerksamkeit sicher sein. Nicht erst seit der Ankündigung der USA, die Militarisierung ihrer Grenze zu Mexiko mit einem milliardenteuren Zaun abzurunden. Schon 1982 patrouillierte Jack Nicholson in „The Border“ als Grenzranger am Rio Grande und etablierte ein Sujet des Mainstreamkinos, das sich zurzeit mit Filmen wie „Babel“ und „Bordertown“ auf der Leinwand fortsetzt. Die Grenze zwischen Mexiko und den USA scheint die Grenze schlechthin zwischen Erster und Dritter Welt zu sein. Aber längst ist im Schatten dieser Inszenierung die Bruchkante zwischen Nord und Süd nach unten gerutscht. An Mexikos Südgrenze, am Grenzfluss Suchiate kann die neue Demarkationslinie besichtigt werden. 700 Kilometer misst sie – Mexikos Nordgrenze ist mehr als fünfmal so lang. Geopolitisch also einleuchtend, dass die USA bemüht sind, bereits hier dem Strom aus dem Süden einen Riegel vorzuschieben. So wie Washington einen guten Teil seiner Grenzkontrollen nach Südmexiko auslagert, reicht Mexiko seinerseits die Grenzproblematik weiter nach unten durch. Damit wird der südliche Nachbar Guatemala mehr und mehr zum Schlüsselland. „Wir sind der Flaschenhals im Migrationsverhalten“, sagt der regionale Leiter der UN-nahen Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Guatemala, Günther Müssig. „Wir haben hier die Migrationsströme die von Zentralamerika kommen, von Südamerika und auch aus Asien. Die teilen sich hier bei uns in Guatemala, über Belize nach Mexiko hinein.“ Wie Mexiko ist auch Guatemala dabei weit mehr als bloßes Transitland. Vorsichtig geschätzt lebt jeder neunte Guatemalteke inzwischen in den USA – überwiegend ‚irregulär‘, ohne gültigen Aufenthaltstitel. Gleichzeitig muss Guatemalas Hauptstadt dank stetiger Landflucht eine enorme Binnenmigration verkraften. Traditionell konnte das Land einen Teil dieses Drucks nach Mexiko abgeben. Genau das verhindert die neue Deckelung von Norden. „Was die USA früher an ihrer Südgrenze kontrolliert haben“, so Günther Müssig, „hat sich im Laufe der Jahre immer weiter nach unten verlagert. Die Kontrollen in Mexiko selbst sind strenger geworden. Man kann eigentlich sagen, dass die amerikanische Grenze runtergerutscht ist nach Südmexiko bis an die Grenze zu Guatemala. Der Rio Grande wurde ersetzt durch den Grenzfluss zwischen Guatemala und Mexiko, den Rio Suchiate.“

### 3. Guatemala 2006: 10 Jahre Frieden niederer Intensität

„Die Morgenröte“ heißt schmeichlerisch der internationale Flughafen von Guatemala Stadt. Selbst redend greift der Journalist bei der Ankunft zum ersten greifbaren lokalen Printmedium. In Guatemala ist das für gewöhnlich die *Prensa Libre*, die Freie Presse. Guatemalas auflagenstärkste Tageszeitung berichtet auf Seite Zwei vom zwanzigsten Politiker-Mord im laufenden Jahr. Der nationale Prokurator für Menschenrechte sagt einen blutigen Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen Ende 2007 voraus. Am nächsten Tag wird die *Prensa* titeln: „Gewalt überflutet die Region“; darunter ein Agentur-Foto, auf dem drei Dutzend junge Männer mit entblößten Oberkörpern in einem Gefängnishof sitzen. Ihre ausladenden Tattoos geben sie als mustergültige Angehörige der *Maras* zu erkennen. 14.000 organisierte Mitglieder haben die berüchtigten Gangs in Guatemala, zitiert der Artikel eine offizielle Statistik. 20.000 seien es in El Salvador, doppelt so viele in Honduras. Mit 45 Morden auf 100.000 Einwohner sichern sich die drei Länder Dauerspitzenplätze in den weltweiten Gewalt-Statistiken. Femizide werden die seit einigen Jahren in Guatemala um sich greifenden ultrabrutalen Frauenmorde genannt. 400 seien allein in diesem Jahr – es ist Mitte September – in den Vorstädten der Hauptstadt begangen worden, so der Artikel weiter. Am nächsten Morgen lese ich beim Frühstück vom gestrigen Streik der Busfahrer von Guatemala Stadt. Anlass ist die Beisetzung des 28. Fahrers, der im laufenden Jahr im Dienst erschossen wurde, weil er sich bei einem Überfall geweigert hatte, Schutzgeld zu zahlen.

Das Stakkato an Horror-Meldungen ließe sich beliebig fortsetzen. Kurso-rische Zeitungslektüren an den ersten drei Tagen – das reicht, um eine bestimmte Nervosität, einen steten Argwohn über die nächsten drei Monate mitlaufen zu lassen. Vor acht Jahren war ich schon mal hier, und auch 1998 war Gewalt ein ständiges Thema in Guatemala: in den Reiseführern, in Unterhaltungen und vor allem in den Medien. Ihren Umgang mit dem Thema reißerisch zu nennen, wäre nicht eben untertrieben. Auch mag es sein, dass man als Anfang zwanzigjähriger Rucksacktourist mit einem gerüttelt Maß an Unbedarftheit und Urvertrauen gesegnet ist, das sich einige Jahre später nicht mehr so schnell einstellen will. Schon gar nicht, wenn man sich dem Land journalistisch nähert.

Aber augenscheinlich hat sich das Klima verändert. Verschlechtert. 1998 lag die Unterzeichnung der Friedensabkommen gerade einmal zwei Jahre zurück, mit denen Armee und Guerilla den 36-jährigen Bürgerkrieg beendeten; er galt als der brutalste in Mittelamerika. Guatemalas politisches System schien in einem vergleichsweise stabilen demokratischen Fahrwasser angekommen zu sein; die Wirtschaft trieb zarte Knospen des Aufschwungs.

Dass von diesem Aufschwung allerdings weitere Teile der Bevölkerung profitieren würden, war damit noch lange nicht gesagt. Die vorsichtig hoffnungsfrohe Stimmung vor der Jahrtausendwende ist inzwischen einem Klima von Apathie und Indolenz gewichen.

Von seinem Büro in der obersten Etage der Municipalidad, der Stadtverwaltung von Guatemala Stadt, kann Ricardo de la Torre auf die zwei großen ineinander greifenden Bronze-Hände blicken, die an den Friedensschluss vor zehn Jahren erinnern. Heute ist de la Torre Verwaltungschef der zweieinhalb Millionen-Stadt, Mittelamerikas größter urbaner Zusammenballung; 1996 war er als Sprecher und Vertrauter des damaligen Präsidenten Alvaro Arzu unmittelbar an der entscheidenden Schlussphase des Friedensprozesses beteiligt. Seine Erzählungen der Friedensverhandlungen geraten immer wieder zum Loblied auf die Präsidentschaft Arzus. Der ist heute Oberbürgermeister des Molochs und wurde jüngst zum „Besten Bürgermeister Lateinamerikas gewählt“ – ein Titel, den man in dieser chaotischen, infrastrukturell Dauerkollabierenden und von Erdbeben gezeichneten Stadt nicht unbedingt auf den ersten Blick beheimatet glaubt. Als „Präsident des Friedens“ genießt Arzu aber in jedem Fall weltweites Ansehen. In der Tat fiel seine Administration im Gegensatz zu ihren bis ins Mark kleptokratischen Vorgängern durch vergleichsweise wenig Bereicherungsskandale auf; und in der Tat war es Arzu, der das Gewicht seines Amtes in den Friedensprozess warf und dabei großes politisches Risiko einging. „Der Friedensprozess war am Boden, als Arzu die Präsidentschaft 1995 übernahm“, sagt sein langjähriger loyaler Begleiter de la Torre. Irgendwie gelang es, die Hardliner in Heer und Guerilla gegeneinander auszuspielen. „Und sehen Sie, seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen ist kein einziger Schuss mehr gefallen, keine Bombe mehr gezündet, nicht mal mehr eine Brücke gesprengt worden.“ Für Ricardo de la Torre ist es eine lineare Erfolgsgeschichte, an die die großen staatstragenden Feiern am 29. Dezember 2006, dem zehnten Jahrestag der Unterzeichnung, erinnern werden.

Aber in der von drei Vulkanen erhabenen gerahmten Guatemala Stadt, der „Stadt des ewigen Frühlings“, wie sie seit der Conquista genannt wird, und die man vom Büro de la Torres so bequem überblicken kann, in dieser Stadt werden heute Tag für Tag im Schnitt mehr Menschen ermordet als zu den blutigsten Zeiten des Bürgerkriegs in den frühen 80er Jahren. Damals betrieb Junta-Chef Efraín Ríos Montt eine ‚Politik‘ der verbrannten Erde, der geschätzte 200.000 Menschen, vor allem Mayas aus dem Hochland zum Opfer fielen. Als Führer der rechtsradikal-evangelikalen Partei FRG mischt Ríos Montt weiter in der guatemaltekischen Innenpolitik mit, zuletzt als Parlamentspräsident. Heute ist die Gewalt privatisiert. Zwar gibt es Anzeichen auf eine Politik der *limpieza social*, der „sozialen Säuberung“. Nach Anga-

ben von Bischofskonferenz und der Straßenkinder-Hilfe Casa Alianza werden in der Hauptstadt im Schnitt monatlich allein 49 Minderjährige erschossen; und es scheint deutliche Hinweise zu geben, dass die hier gemeinsam mit der Polizei patrouillierende Armee gezielte ‚extralegale‘ Exekutionen von Gang-Mitgliedern vornimmt. Vor allem aber ist die exorbitante Mordrate von 74 (dieser Wert lag in Deutschland 2004 bei 3,2) privat ‚organisiert‘: Drei Viertel des Kokains aus Südamerika gelangt inzwischen über das zentralamerikanische Festland in die USA und weiter nach Europa. „Noch ist Guatemala ein Transitland, aber wir sind dabei, uns in ein riesiges Lagerhaus zu verwandeln“, sagte Innenminister Carlos Vielmann der *Prensa Libre*. Die mittelamerikanischen Drogenhändler haben in den letzten Jahren stark an Einfluss gewonnen; die Abhängigkeit der mexikanischen Kartelle von ihren mittelamerikanischen Zwischenhändlern etwa in Guatemala hat stark zugenommen.

„Krieg ist Krieg, Gewalt ist Gewalt. Die *Violencia* und der Bürgerkrieg – das hat nichts miteinander zu tun“, sagt Ricardo de la Torre auf die Frage, ob der Bürgerkrieg, der das Land über drei Jahrzehnte fest im Griff hatte, in der heute grassierenden Gewalt nicht wiederhale.

Denn mitunter tragen die aktuellen Konflikte militärische Züge. Am Montagmorgen, an dem ich mein Praktikum im *Periodico*, der unter den Multiplikatoren der Hauptstadt meist gelesenen Tageszeitung antrete, ist die halbe Redaktion in hektischer Betriebsamkeit. Überall laufen Fernseher und dröhnen Radios. Die andere Hälfte ist im Außeneinsatz: In den frühen Morgenstunden sind tausend Polizisten der „Nationalen Zivilpolizei“ und Soldaten des Heeres in die 25 Kilometer östlich der Hauptstadt gelegene Gemeinde Fraijanes vorgerückt: Das Hochsicherheitsgefängnis El Pavón, „der Pfau“, soll gestürmt werden. Hier sollten einst neue Wege im Strafvollzug beschritten werden. Ein Teil der Verwaltung war in Form eines „Gefangenen-Komitees für Sicherheit und Ordnung“ den Insassen übertragen worden. Tatsächlich sind die Panzer und schweren Räumfahrzeuge, die an diesem Morgen die Gefängnismauern durchbrechen, die überhaupt ersten staatshoheitlichen Vertreter, die das Gelände nach acht Jahren zu sehen bekommt. Solange war der „Pfau“ fest in der Hand der Drogenmafia. Die konnte sich der Unterstützung des Ersten Vorsitzenden des Gefangenen-Komitees dank eines monatlichen Zubrots von umgerechnet 60.000 Euro sicher sein. Enrique, ein Zeitungskollege, der die Stürmung als Reporter im Pressepool begleitete, zeigt am nächsten Morgen auf seiner Digitalkamera einige Schnappschüsse. Etwa den stattlichen Jacuzzi des Einfamilienhauses, das sich der Komiteevorsitzende auf dem Gelände errichtet hatte. Oder die gefängniseigene Drogenwerkstatt mit ihrem ansehnlichen Azetonvorrat. Acht Gefangene, darunter der Vorsitzende und sein Stellvertreter, wurden bei dem Einsatz erschossen,

angeblich, weil sie gegen das 1.000 Mann starke Polizei- und Armee-Kommando Widerstand geleistet hatten.

Dass das Militär wie bei der Erstürmung des Pavón und den täglichen gemeinsamen Patrouillen mit der Polizei munter im Inneren eingesetzt wird, daran kann ein EU-Diplomat im Gespräch einige Tage nach der Stürmung des Gefängnisses nicht viel finden. „Wenn das Haus brennt, ist die Farbe der Feuerwehruniform doch zweitrangig.“ Natürlich müsse es eine „vernünftige“ Führungsstruktur geben. Aber angesichts der derzeitigen Notlage könne man von EU-Seite diese „Bündelung der Kräfte“ verstehen. So scheinen das auch weite Teile der Bevölkerung zu sehen. Im Zweifel trauen die Frau und der Mann auf der Straße dem Militär mehr zu, als der als bis ins Mark korrupt und handwerklich unfähig geltenden Polizei. Aber nach den Erfahrungen des Bürgerkriegs forderten die Friedensverträge aus gutem Grund eine strikte Trennung von Polizei und Militär.

Der Fall Pavón erzählt viel über das Guatemala der Jetzt-Zeit. Es ist, als sei der Staat irgendwann nach dem Friedensschluss einfach weggedämmert, nun aber hochgeschreckt, um feststellen zu müssen, dass er die Kontrolle über weite Teile des Landes verloren hat. Guatemala ist ein state at risk. Das Wort vom estado fallido, von einem Failed State nehmen mehr und mehr Beobachter und Kommentatoren in der Hauptstadt in den Mund. Die Friedensabkommen von 1996 hatten ausdrücklich eine Festigung der staatlichen Strukturen verlangt. Institutionell, fiskalisch und normativ sollte der Staat aufgepäppelt werden, um seine verfassungsgemäßen Funktionen erfüllen zu können. Das hatten die Acuerdos de Paz der Regierung aufgegeben. Eine nun, zehn Jahre später, von der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Tum in Auftrag gegebene Bilanz zeigt, dass das heutige Guatemala bei jedem dieser Punkte glatt durchfällt.<sup>1</sup> Über die institutionelle und normative Schwindsucht des Staates spricht die Gewaltstatistik Bände. Zwar wird der Mindestsatz von 1,3 Prozent des Sozialprodukts inzwischen in das marode öffentliche Gesundheitswesen investiert, so wie es die Friedensverträge forderten. Aber noch immer liegt die Kindersterblichkeit bei 44 von Tausend, die Muttersterblichkeit gar bei 153 von Tausend. Die Ausgaben der öffentlichen Hand unterschreiten die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen empfohlenen 25 Prozent notorisch um die Hälfte. Mit 12,6 Prozent war die Staatsquote 2005 abermals rückläufig. All dies sind nicht zuletzt Effekte des neoliberalen Kurses, den die Regierung Arzu Ende der Neunziger Jahre auf Geheiß von Weltbank und Internationalem Währungs-

<sup>1</sup> Cf. Rigoberta Menchú Tum (Ed.), *Diez Años de Acuerdos de Paz: Evaluación y Perspectivas 1996-2006*, Guatemala 2006.

fond eingeschlagen hatte. Unter Arzus Nachfolger, dem inzwischen wegen Mordes angeklagten Alfonso Portillo, wurde diese Linie noch radikalisiert.

#### 4. Kein Staat zu machen

Den neuralgischen Punkt der guatemalteckischen Gesellschaft – die zentrale Ursache des Bürgerkriegs – hatten die Friedensverträge von vornherein ausgeklammert: Die Landfrage. Guatemala bleibt neben Bolivien das Land mit den ungerechtesten Eigentumsverhältnissen Lateinamerikas. „Zwei Prozent der Grundbesitzer verfügen über 70 Prozent des Bodens“, gibt Alvaro Leonel Ramazzini Imeri an. Der Vorsitzende der guatemalteckischen Bischofskonferenz heißt in den betuchteren Kreisen der Hauptstadt schlicht „der Kommunist“. Immer wieder setzt er die Landfrage auf die Agenda. Und mit nichts kann man sich bei Guatemalas Eliten unbeliebter machen, als mit der Forderung nach einer radikalen Landreform, wie sie Monsenior Ramazzini in seinem Kampf gegen das Finca-System wieder und wieder fordert. „Für mich ist das Finca-System Sklaverei. Es ist verheerend: das einzige, für das es in diesem Land sorgt, ist Armut“, sagt Ramazzini.

Zum Interview im Sitz der Episkopatskonferenz empfängt der agile Bischof seinen Gast aus Deutschland im blaugrau karierten Holzfällerhemd. Man würde nicht meinen, dass einem eine der meist gefährdeten Personen Guatemalas gegenüber sitzt, stünden vor der Tür nicht drei Leibwächter. Die hat ihm Staatspräsident Oscar Berger nach zahlreichen Morddrohungen zur Seite gestellt. Im Internet waren 5.000 Dollar für die Ermordung Ramazzinis geboten worden. Auch Berger selbst hatte zuvor Stimmung gegen den Kirchenmann gemacht. Er solle seinen Job machen, nämlich das Evangelium verkünden, statt von der Kanzel aus Politik zu machen. Kritik des Freihandels etwa, habe ja nun nichts mit der Bibel zu tun, wettete der Präsident gegen die lästigen Anwürfe Ramazzinis. Aber die Ermordung des kirchlichen Menschenrechtsaktivisten wäre zum weltweiten Imageschaden für die Regierung Berger geworden – und Wasser auf die Mühlen der law and order Kampagnen der politisch wieder erstarkenden Militärs. Denen käme jeder Beleg recht, dass die Zivilregierung den Laden nicht im Griff hat. „Das habe ich dem Präsidenten in der Tat auch so gesagt. Wenn man mich umbringen würde, wäre ich der zweite ermordete Bischof in Guatemala innerhalb weniger Jahre.“ 1998 war Ramazzinis Amtsbruder Juan Gerardi mit einem Stein erschlagen worden, wenige Tage nach der Veröffentlichung seines Berichts über Massaker des Militärs zur Zeit des Bürgerkriegs.

Wahrscheinlich würde sich Ramazzini gerne auf seine engeren kirchlichen Aufgaben konzentrieren. Doch droht sich wegen der erdrückenden Missstände seine Gemeinde zu verflüchtigen: In der vorsichtigen aktu-

ellen Abwanderungsstatistik der Internationalen Organisation für Migration, belegt Ramazzinis Diözese San Marcos den Spitzenplatz gleich hinter der Hauptstadt. Offiziell lebt bereits jeder zehnte Einwohner in den USA, die tatsächliche Zahl dürfte wesentlich höher liegen. Das im Südwesten an der mexikanischen Grenze gelegene San Marcos ist durchweg agrarisch geprägt. Hier bündeln sich die Probleme des ganzen Landes: „Unten an der Küste haben wir die riesigen Kaffee-Fincas, die winzige Löhne zahlen. Oben im Hochland haben wir dagegen die Minifundien, die eigentlich nicht überlebensfähigen Kleinstbetriebe. Wir haben ein hohes Bevölkerungswachstum und eine hohe Landkonzentration.“ 87 Prozent der überwiegend indigenen Bewohner des Departements sind arm, 62 Prozent leben in extremer Armut. In den Hochlandgemeinden von San Marcos lässt sich besichtigen, wie in Guatemala ungebrochen ethnischer und ökonomischer Ausschluss zusammenfallen: die Gesellschaft ist in einem aberwitzigen Maße stratifiziert; und die Chancen durch diese sozialen Schichtungen nach oben zu wandern, sind äußerst gering. Denn nicht zuletzt ist es die Ethnie, die weiterhin über die Schicht-Zugehörigkeit mit entscheidet. Dass es seine Mitbürger da zu Zehntausenden al norte zieht, kann Ramazzini nur allzu gut verstehen. Das Anprangern des Missbrauchs dieses Migrationsstroms für Profitinteressen steht auf seiner Agenda ganz oben. Neben der Kritik an dem jüngst vollzogenen Beitritt Guatemalas zur neuen zentralamerikanischen Freihandelszone TLC (Tratado de Libre Comercio), die den USA unbeschränkten Zugang zu den Märkten Mittelamerikas sichert. „Ja“, sagt Ramazzini, „jetzt haben wir freien Waren- und freien Kapitalverkehr. Das heißt, für das Kapital gibt es keine Grenzen mehr, für Güter und Dienstleistungen gibt es keine Grenzen mehr – aber für die Menschen sehr wohl. Das ist es, was wir kritisieren: ein ökonomisches Modell, in dem der Mensch keinen Platz hat.“

## 5. Adolf Strudels wundersame Reise in den Urwald

Die zweimotorige Turboprop-Maschine vom Typ Basler BT-67 ist für Fallschirmspringer gedacht. Also sitzen sich die Fluggäste auf den seitlich durchgehenden Bänken gegenüber: 15 guatemaltekeische Journalisten, einige internationale Agenturfotografen, ein unter gewaltigen Blumenkränzen getarnter Holzsarg und Hans Strudel. Manchmal ist Hans auch Adolf Strudel. Hans bzw. Adolf kommt aus Alemania, heißt es. Nein, weiß ein anderer Fluggast, er kommt aus Albania. Aussichtslos scheint jeder Versuch, meinen tatsächlichen Namen ins Spiel zu bringen. Das liegt an der für die spanische Phonetik grotesken Konsonantenfolge ‚Sv‘. Das liegt aber auch

an der launigen Stimmung, die in der nicht druckausgeglichenen Kabine herrscht. Unberührt vom schweren, mit gewaltigen Ehrenkränzen belegten Holzsarg, in dem die Gebeine eines bei einem Verkehrsunfall verunglückten Soldaten überführt werden. Presseoffizier Coronel Pedro Ortega begleitet die fröhliche Presse-Meute auf dem einstündigen Flug von Guatemala Stadt ins Petén, das riesige Regenwaldbecken in Guatemalas Nordwesten. Hier wird heute die Operation „Räumung Petén“ gegeben.

Gut zwei Wochen nach der Stürmung des Pavón-Gefängnisses will die Regierung einmal mehr Handlungsstärke beweisen. Guatemala bewirbt sich um die Vertretung Lateinamerikas im UN-Sicherheitsrat. Die USA unterstützen das ihnen gewogene, stramm neoliberal geführte Land. Es gilt den Einzug von Hugo Chávez' Venezuela in das Gremium zu verhindern – was für Washington geopolitisch einen ständigen „dolor en el culo“ bedeuten würde. Unerwartet strich die US-Regierung Guatemala Mitte September 2006 von einer schwarzen Liste von Staaten, die „nachweislich im Kampf gegen Drogen versagt haben“. Der Eintrag auf der Liste neben Staaten wie Haiti und Myanmar hätte der Bewerbung Guatemalas sicher nicht gut gestanden.

Die Washingtoner Vorschusslorbeeren will man sich nun mit der „Räumung des Petén“ nachträglich verdienen. Vor fünfzehn Jahren war der nordwestliche Teil des erst in den siebziger Jahren erschlossenen Urwaldbeckens zum Nationalpark erklärt worden. Die „Sierra de Lacandon“ gilt als das letzte große zusammenhängende Regenwaldgebiet Mittelamerikas. Tatsächlich aber seien nur noch zwanzig Prozent der Fläche unberührt, schlugen im Sommer 2006 Naturschutzverbände Alarm. Im vorgeblichen Biosphärenreservat gäbe es nicht nur illegale Siedlungen, sondern auch zahlreiche klandestine Landepisten, die dem Drogenumschlag dienen.

Als die Maschine auf dem Luftwaffenstützpunkt von Santa Elena im Herzen des Petén landet, ist eine dieser Pisten bereits zerstört, berichtet der Kommandant Coronel Pedro Noriega zufrieden. Am frühen Morgen habe man sie gesprengt. Jetzt sollen die Journalisten dabei sein, wie die 700 Einwohner eines illegalen Dorfes vertrieben werden. Zwei Kilo Drogen – eine nähere Spezifizierung bleibt aus – seien in der vergangenen Woche in der Nähe des Dorfes gefunden worden. Zwei Hubschrauber stehen bereit, eigens in der Hauptstadt angemietet. Seit dem Bürgerkrieg unterliegt Guatemalas Luftwaffe einem Embargo. Sie besteht aus nicht mehr als vier Hubschraubern, zwei Turboprop-Kampfmaschinen und dem Fallschirmspringer-Transporter. Beim Durchzählen fällt Presseoffizier Ortega auf, dass man bei der Akkreditierung wohl etwas zu großzügig geplant hat: Nicht genug Hubschrauberplätze. Also müssen vier Journalisten auf dem Stützpunkt bleiben. Die Wahl fällt auch auf den Hans Strudel aus Albania-Alemania. Er wird die nächsten Stunden im klimatisierten Offizierskasino ein Baseballspiel verfolgen;

gar nicht mal schlecht, bei 35 Grad im Schatten und maximaler Luftfeuchtigkeit. Am frühen Abend ist die Basler-Turbo wieder auf dem Weg in die Hauptstadt. Die Stimmung ist verhaltener; man ist müde. Am Horizont, über dem flackernden Lichtsmog von Guatemala Stadt, spuckt der Vulkan Pacaya mürrisch Lava in die Nacht.<sup>2</sup>

Der Tagestrip ins Petén war der bizarre Nachklapp einer journalistisch ergebnisreicheren Vorbesichtigung eine Woche zuvor. Da ging es neun Stunden mit dem Geländewagen einmal quer durchs Land ins Urwaldbecken. Ich begleitete Kollegen, die die Sache mit dem zersiedelten Naturreservat recherchieren wollten. Seit an der pazifischen Grenze keine Güterzüge mehr abfahren, wird die atlantische, östliche Migrationsroute nach Mexiko durch das Petén immer beliebter. Wenn schon der wuselige Grenzort Tecún Uman an der Pazifikküste – nicht nur laut Guatemalas Presse einer der gefährlichsten Orte Lateinamerikas – als rechtsfreier Raum gelten kann, gilt das allemal für das dünn besiedelte Urwaldbecken mit einer Fläche größer als Nordrhein-Westfalen.

Am frühen Morgen, nach vierstündiger Fahrt im Schrittempo über die Schotterpiste von der kleinen Provinzhauptstadt Flores, nahe den Maya-Pyramiden von Tikal, erreichen wir Bethel am Grenzfluss Usumacinta. Am Ufer liegen kleine Boote, mit denen man nach Mexiko übersetzen kann. Das Nest besteht aus ein paar Häusern und einem Kiosk, der zusammen mit einem winzigen Büro der Migración so etwas wie die Ortsmitte bildet. „Zu Diensten“, sagt der nette Beamte im Unterhemd gähmend. Ziemlich ruhig sei das hier. Er entschuldigt sich und geht in sein Büro im Hinterzimmer. Wir müssen ohnehin weiter zum kleinen Vorposten der guatemaltekischen Armee am Ortsrand. Mit einigen Beamten der Zivilpolizei und je acht jungen Soldaten mit geschulterten Maschinengewehren besteigen wir zwei Motorboote. Es geht den Usumacinta hinunter. Ziel ist der entfernte letzte Außenposten der Ranger im Nationalpark Sierra de Lacandon, der gleich hinter Bethel beginnt. Vor vier Wochen sind sie überfallen worden, ihre Hütten wurden niedergebrannt; angeblich von illegalen Siedlern aus dem Nationalpark, die Bewaffnung ließ indes auf Drogenkuriere schließen. Vier Bootsstunden geht es flussabwärts durch den lakandonischen Urwald – backbord ist Mexiko, steuerbord Guatemala; kurz hinter Bethel enden die letzten sichtbaren Spuren der Zivilisation. Der vorbeiziehende dichte Regenwald scheint vollends naturbelassen. Ab und an kriecht aufgeschreckt ein sich am Ufer sonnendes Krokodil ins Wasser, aus dem Wald schallt entferntes Gezeter irgendwelcher Vögel. Da wirkt es übertrieben, dass die Soldaten ihre Maschinengewehre die gesamte Zeit über entsichert im Anschlag

<sup>2</sup> Im November wählte die UN-Hauptversammlung nach 47 zwischen Guatemala und Venezuela unentschiedenen Wahlgängen schließlich Panama in den Sicherheitsrat.

auf beide Ufer richten. Aber sie seien schon vom dichten Wald aus beschossen worden, erzählt der ununterbrochen konzentriert ans Ufer blinzelnde Obergefreite neben mir. Wir erreichen „El Porvenir“, den Außenposten. Die handvoll Ranger und die ihnen zum Schutz zur Seite gestellten Soldaten freuen sich über den ersten Kontakt zur Außenwelt nach zwei Wochen. Dann geht es zurück nach Bethel.

Rund hundert Kilometer sind es von Flores nach El Naranjo. Im Pick-Up ist das bei rückenunfreundlicher Fahrweise in drei Stunden zu schaffen. Der Bus, der die Strecke zweimal täglich bedient, braucht im günstigen Fall sechs Stunden. Er hält an jeder der kleinen Siedlungen, die entlang der Schotterpiste entstanden sind. „Vor zwanzig Jahren war das alles noch dichter Urwald“, erklärt der Fahrer Don Mauro. Er kam in den siebziger Jahren aus dem Süden, aus den Bergen von Alta Verapaz ins Petén, gerade als die Kolonisierung des Urwaldbeckens vorangetrieben wurde. Seitdem sind enorme Flächen brandgerodet und urbar gemacht worden. Mit heilsgeschichtlicher Zuversicht, wie die Namen der kleinen Straßensiedlungen verkünden. Nach „Der neuen Hoffnung“ passiert man „Das Paradies“, dann kommt „Das Neue Eden“, einige Kilometer weiter „Das Neue Kanaan“; dann folgt mit der „Heulsuse“ der erste intuitiv einleuchtende Ortsname. Wir überholen einige Kleinbusse mit verdunkelten Scheiben. „Migranten. Ohne Papiere“, sagt Don Mauro auf Nachfrage knapp. Die Heckscheibe eines Minibusses der Firma Fronterizas ist beklebt mit einem Sinnspruch in Western-Typographie: „Leben und leben lassen“. Wir erreichen El Naranjo, den Orangenbaum. Statt eines Ortschaftschildes grüßt den Besucher ein Holzschild von der Größe eines Fußballtors mit der nächsten Erlösungs-Gewissheit. „Jesus kommt bald!“ Für die bis zur Parusie verbleibende Zeit stehen den Bewohnern der ZweitausendseeleNGEMEINDE einige Bars entlang der Hauptstraße zur Verfügung. „La Frontera“ etwa, oder „El Lamento“, die erst sehr spät in der Nacht zu öffnen scheinen. Die Fassaden beider Bars sind in zartrosa gehalten. Wir steigen aus, wo es nicht mehr weitergeht: die Straße endet am Rio San Pedro, der von hier durch den lakandonischen Urwald ins zwanzig Kilometer entfernte Tabasco, Mexiko, fließt. Eine Ölgesellschaft hat in den letzten Jahren auf dem gegenüberliegenden Ufer die Straße weitergebaut; weiter nördlich wurden Ölvorkommen gefunden. Am Ufer liegen Boote bereit und bieten „Spezialfahrten“ an; vier Dollar kostet die einstündige Fahrt ins mexikanische El Ceibo. An der Anlegestelle stehen Bootsführer und einige Geldwechsler und schauen skeptisch herüber. Wie eigentlich jeder, der in der Mittagshitze nicht eben zahlreichen Passanten auf der Straße, die sich am Ufer zu so etwas wie einem Platz erweitert. Der Kollege vom Periodico verweist auf die Ausbeulungen in den Hosen der Männer. Sie scheinen Pistolen zu tragen. Er fühle sich hier nicht so recht wohl, pflichtet der Fotograf bei. Das sei eine seltsame Ruhe

hier. Im Juli 2006 wurden genau hier auf offener Straße drei Polizeibeamte in einem Imbiss erschossen, nachdem sie mit einer Entwaffnungsaktion begonnen hatten. Mit 98 Morden auf Hunderttausend Einwohner führt das Petén die Gewaltstatistik in Guatemala unbestritten an.

Wir wollen uns mit dem Bürgermeister unterhalten. „Da müsst ihr zum Metzger gehen“, sagt die Frau in einem Kiosk. Fünfzig Meter weiter die Straße aufwärts ist die Fleischerei. Bloß sei er nicht der Bürgermeister, sagt der Fleischer und überlegt einen Moment. „Ach so, ihr meint wahrscheinlich Rosado.“ Kurz darauf sprechen wir mit dem beschriebenen Rosado. Nein, er sei aber nicht der Bürgermeister. Damit sei doch sicher Don Carlos gemeint. Tatsächlich. Carlos Rosado sitzt in seinem schattigen Vorgarten und bittet uns umgehend herein. Es riecht nach frischem Blut. Don Carlos hat gerade geschlachtet, sein Hemd ist blutverschmiert. Er ist der zweite Metzger am Ort – und ja, er ist der Bürgermeister. Seit den achtziger Jahren. Ob seitdem noch mal Wahlen stattgefunden haben, bleibt dahin gestellt. An der Hauswand hängt ein verblasstes Plakat seiner Partei, den Unionistas. „Taten statt Worte – Carlos Rosado“. Über die jüngste Gewalt, die man mit Naranjo in Verbindung bringt, dass der Ort von der Drogenmafia beherrscht werde, darüber will Don Carlos nicht reden. Lieber darüber, wie prächtig sich der Ort entwickelt habe. Als er 1985 aus dem Hinterland herkam, da kostete ein Ei 50 Centavos, ein Brot 25, alles sei doppelt so teuer gewesen wie in Santa Elena. Heute sei das nicht mehr so. Der Bus brauchte damals 12 Stunden, heute nur noch sechs. Eine starke Gemeinschaft sei in Naranjo entstanden, erzählt Don Carlos, ganz Bürgermeister, als ein stark angetrunkener älterer Mann in den Garten stolpert. Ob Don Carlos denn heute endlich seine Kuh kaufen werde, will der Mann wissen. Don Carlos gelingt es, mit sanfter Bestimmtheit, den Mann hinaus zu komplimentieren. Dann fährt er fort: dass er seine Tür nachts nicht abzuschließen brauche, dass es hier keine Maras wie in der Hauptstadt gäbe. „Es ist schön ruhig hier. Der Ort habe sich ordentlich entwickelt.“ Was aber lässt ein Frontierstädtchen im Urwald, eine Sackgasse noch dazu, derart aufblühen? „Sehen Sie, hier kommen halt viele Mojados (,Nassärsche’), also undokumentierte Migranten durch. Ende der Neunziger, da waren es an Spitzentagen fünfhundert, tausend Leute.“ Die blieben meist eine Nacht und ließen Geld im Ort. Eine Kuh am Tag hat er damals schlachten und verkaufen können.

Jetzt gerade sind es deutlich weniger. Aber das liegt an der Regenzeit. Doch das Ende der Regenzeit wird kommen, bald im November, noch vor Jesus. Dann wird sich der Strom der Migranten wie jedes Jahr wieder verbreitern. Dann werden sich im Petén wieder die Transportwege illegaler Drogen und illegalisierter Menschen kreuzen und in El Naranjo Wirtschaftsförderung leisten.

## 6. Clase de Deportación

„Willkommen!“ sagen die großen roten Lettern auf der weißen Fahne, einziger Schmuck an den bröckeligen Wänden des Raumes, der einmal die Ankunftshalle des Flughafens von Guatemala Stadt war. Bis in den siebziger Jahren der Neubau auf der gegenüberliegenden Seite des Flugfeldes eröffnet wurde. Heute gehört das Gelände der guatemalteckischen Luftwaffe. Eigentlich sei er immer nur drei Mal in der Woche hergekommen, erzählt Melvin Querrvin, während er Zettel auf drei im Abstand von einigen Metern aufgestellten Plastiktischen auslegt. Seit ein paar Wochen aber müsse er bis zu sechs Mal kommen. Dabei hätte Querrvin in seinem Büro im Stadtzentrum genug zu tun. Er ist Mitarbeiter der guatemalteckischen Einwanderungsbehörde und leitet das offiziell „Herberge“ genannte Abschiebegefängnis von Guatemala Stadt. Heute aber, wie eben inzwischen sechs Mal in der Woche, muss er abgeschobene Guatemalteken registrieren. Wie immer hätten die US-Kollegen gestern angerufen, um Ankunftszeit und Zahl der Passagiere durchzugeben. Ein Flieger mit 150 Männern und Frauen sollte es sein. Aber heute Morgen rief noch mal jemand an. Sie schicken am Nachmittag eine zweite Maschine aus dem texanischen Houston. Während wir uns unterhalten, ruft ein Mitarbeiter von draußen. „Sie kommen“. Zwei Minuten später parkt eine bis auf die Luftfahrzeugkennung völlig schneeweiße Boeing 737-400 auf dem Rollfeld. „Entschuldigung, aber die Beamten aus den USA wollen nicht fotografiert werden“, sagt Querrvin, als ich an meiner Kamera herumnebele. Die Passagiere haben sich in Zweierreihen aufgestellt und trotten von einer Beamtin geführt in unsere Richtung. Am Flugzeug, an der Gangway werden noch einige Papiere hin und her gereicht. Als ich drei Minuten später wieder auf das Flugfeld blicke, ist die Maschine verschwunden. In der Zwischenzeit haben die Fluggäste in der Halle auf Plastikstühlen Platz genommen. Ein Kollege Querrvins erklärt jovial das Verfahren. Er kann dabei immer mal wieder einen Lacher landen: „Einige von Euch kennen das alles ja schon.“ Jeder werde nun einen Fragebogen ausfüllen, danach werden alle in den USA abgenommenen persönlichen Gegenstände wieder ausgegeben – die Schnürsenkel etwa, die alle vor dem Flug abgeben mussten. Wenn alle erfasst worden seien, könne man gehen. „Wer in den USA unter falschem Namen gelebt hat, gibt jetzt bitte seinen Richtigen an.“ Wieder ein paar Lacher. Dann fragt Josefina von der Secretaria Social, ob jemand noch nicht volljährig sei. Drei Arme gehen hoch. Zwei Jungen und ein Mädchen werden auf das Jugendamt gebracht, um die Eltern zu verständigen. Unter der „Willkommen-Fahne“ haben Querrvin und zwei Mitarbeiter an Tischen Platz genommen und rufen die ersten Namen zur Einzelbefragung auf. „Wie lange in den USA?“, „Zum ersten Mal abgeschoben?“.

„Sind Sie in den USA straffällig geworden? Sind Sie rechtskräftig verurteilt worden?“

Kristina hat die fünfminütige Befragung durchlaufen. Jetzt steht sie am Fenster und starrt mit müdem Blick über das Flugfeld in den Horizont. Da thront der Agua. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass ihr amerikanischer Traum geplatzt ist, der 3.800 Meter hohe Vulkan, ein Wahrzeichen Guatemalas, erbringt ihn. Drei Wochen war sie in Abschiebehaft, erzählt die 24-Jährige. Die Behandlung war okay. Direkt am Grenzfluss in Nuevo Laredo haben sie sie geschnappt, nachdem alles so gut lief. Zehn Tage hatte sie durch Mexiko gebraucht. Draußen vor dem Luftwaffenstützpunkt warten nun ihre Eltern, hofft Kristina. Gestern Abend konnte sie bei ihren Nachbarn anrufen. Und von San Juan Sacatepéquez sind es nur rund fünfzehn Kilometer in die Hauptstadt. Zuhause wird sie ihre zwei Tanten in New York anrufen und sagen, dass es nicht geklappt hat. „Ich ruh mich ein paar Tage aus, dann versuch ich’s wieder“, sagt sie leise. Viereinhalb Tausend Dollar hat der Schlepper, der coyote, gekostet. Ein Freiversuch inklusive: Wer geschnappt wird, darf es noch einmal probieren. Alles was sie machen muss ist, wieder Kontakt herstellen und einen Treffpunkt irgendwo an der mexikanischen Grenze vereinbaren, in Tecún Uman oder in El Naranjo.

Alex hat den letzten Teil des Gesprächs mitgehört. Er wollte zu Freunden nach Los Angeles. Auch er hat einen Kojoten bezahlt. Der versprochene Freiversuch ist ihm egal, auch wenn das Geld weg ist. Der 38-jährige Informatiker wird es in keinem Fall mehr versuchen. Nach nur fünf Tagen hatte er Mexiko durchquert und war an der US-Grenze. Da, in einem kleinen mexikanischen Grenzstädtchen, fing der Ärger an. „Das sind Menschen ohne Seelen da“. Drogenhändler, Überfälle, Erpressungen. „Diese Menschen haben keine Seele“, wiederholt er. Kaum war er über die Grenze, ist er dem Border Patrol in die Arme gelaufen. Die Behandlung durch die Amerikaner sei fair gewesen. Alex kramt ein schwarzes Notizbuch hervor. Er schlägt eine Doppelseite auf. Gestern ließ er alle unterschreiben, mit denen er die letzten zwei Wochen die Zelle im Abschiebegefängnis in Pearsall, Texas, geteilt hatte. „Gott segne Dich in Jesu Namen, Dein Terry Ortega aus Nicaragua“. Fidel aus Salvador schreibt: „Good peoples may be meeted also in jail“. Samuel aus Liberia hat seine Email-Adresse hinterlassen. Daneben: „Eine Super-Umarmung von Deinem brasilianischen Bruder Rodrigo, Gott liebt Dich“. Unter der Unterschrift von Carlos aus Honduras sind einige asiatische Schriftzeichen, Grüße zweier chinesischer Mithäftlinge. „Das bedeutet so etwas wie ‚auf bald‘“, erklärt Alex.

Von Januar bis Mitte November 2006 schoben die US-Behörden weit mehr als 15.000 Guatemalteken auf dem Luftweg ab. 12.588 Männer, 2.350 Frauen, 781 Minderjährige. „Ja, in letzter Zeit beobachten wir einen mas-

siven Anstieg der Abschiebungen“, bestätigt Guatemalas Vizeaußenministerin Marta Altolaguirre, die für die 1,6 Millionen in den USA lebenden Guatemalteken zuständig ist. „Wir sind jetzt bei einem Schnitt von 500 Abgeschobenen pro Woche, Tendenz steigend.“ Offensichtlich ziehen die USA andere Saiten auf. Bis vor nicht allzu langer Zeit waren es eigentlich nur die frisch beim Grenzübertritt aufgegriffenen Papierlosen, die sich ein paar Tage später im Flieger nach Hause wieder fanden. Dann kamen mehr und mehr, die irgendwie mit dem Gesetz in Konflikt gekommen waren; sei es, wegen Verdachts auf Gang-Mitgliedschaft, sei es wegen einer Geschwindigkeitsübertretung. Jetzt sind es immer mehr lange in den USA Lebende und offenkundig Integrierte. „Eben habe ich mit unserem Konsulat in Florida telefoniert“, erzählt die Vizeministerin. „Die Einwanderungsbehörden machen inzwischen gezielte Razzien in Arbeitsstätten, in denen sie Latinos vermuten. Wer keine gültigen Papiere hat, wird unmittelbar in Abschiebehaft genommen und dann deportiert.“ Das mag nicht weiter erstaunen, misst man dieses Vorgehen etwa am repressiven deutschen Aufenthaltsrecht. Für die traditionell liberalere Einwanderungspolitik der USA aber stellt das eine Wende dar. „Für uns ist das Besorgnis erregend“, sagt Altolaguirre, „Guatemala ist nicht in der Lage, so viele heimkehrende Mitbürger zu integrieren.“ Man werde sich mit den USA verständigen müssen. Über deren nachvollziehbares Sicherheitsbedürfnis und den Nutzen, den sie ja aus den Lateinamerikanern ziehen. „Mir behagt es nicht, das Thema Migration nur nach Marktkategorien zu verhandeln,“ sagt die ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der Regierung, deren Posten erst Anfang 2006 geschaffen wurde – ein spätes Eingeständnis der Migrationsproblematik. „Aber es gibt nun mal auf unserem Arbeitsmarkt ein Überangebot an jungen, eher praktisch – etwa für Dienstleistungen in der Landwirtschaft oder der Baubranche – ausgebildeten Menschen. Und es gibt auf dem US-Arbeitsmarkt genau danach eine Nachfrage.“ Dass dieser Arbeitskräfte-Export keine nachhaltige Lösung für ihr Land sein kann, ist Altolaguirre völlig bewusst. Zumal das Land auch unter einem Brain Drain zu leiden beginnt, der Abwanderung von Hochqualifizierten – in die USA. Aber die Migrationsgründe lägen ja auf der Hand. Guatemala habe es nach dem Jahrzehntelangen Bürgerkrieg eben nicht geschafft seine institutionellen Schwächen zu überwinden. Bei dem hohen Bevölkerungswachstum komme die Wirtschaft nicht mit. Dann der fehlende Zugang zu Sekundarbildung: Zwar habe man kostenlose Universitäten, zugleich aber hohes Schulgeld für die weiterführenden Schulen; hinzu kämen die eingebrochenen Kaffee-Preise mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die ländliche und indigene Bevölkerung besonders im Hochland. „All die Menschen mit zum Überleben völlig unzureichenden Mitteln. Klar, zieht es diese Personen nach Norden, wo Verwandte oder Freunde gut bezahlte

Jobs haben, die alle Risiken der Migration rechtfertigen – und mit denen man die Schulden zurückzahlen kann, die man zum Bezahlen der Kojoten machen muss.“

Zurück auf dem Luftwaffenstützpunkt. „Don't mess with Texas“, steht über der texanischen Flagge auf Luis' T-Shirt. Aber Luis muss sich mit Texas angelegt haben. Jetzt überprüft er den Beutel mit seinen Habseligkeiten, den ihm der Migrationsbeamte gerade ausgehändigt hat. Die Menthol-Zigaretten sind noch da. Davon profitiert auch Juan, dessen schwarzes T-Shirt ein riesiges gold-glitzerndes Dollar-Zeichen schmückt. Der daneben stehende Journalist hat Feuer, also geht man zum Rauchen auf die Toilette. Luis ist 24 Jahre alt. Davon hat er die letzten 18 in Kalifornien verbracht, zuletzt in San Francisco als Kellner gearbeitet. Seine gesamte Familie lebe in den USA. Nur sein Vater sei in Guatemala, den habe er seit 10 Jahren nicht mehr gesehen. „Ich zieh jetzt wohl zu ihm nach Antigua. Aber es heißt, es sei verdammt gefährlich da. Keine Ahnung, ich kenne hier ja nix.“ Irgendwas werde er schon finden. Nur eins steht fest: Ginge er zurück in die USA und würde ohne Papiere aufgegriffen, hieße das zehn Jahre Knast. Das wurde ihm mehrmals gesagt. „Das Hauptproblem ist die Sprache. Ich spreche fließend Englisch. Aber Spanisch? Nur ein paar Worte.“ Vielleicht kann er als Englischlehrer arbeiten, hofft Luis. In drei Monaten wird ihn seine Mutter besuchen, sie lebt inzwischen legal in den USA.

Die Zigaretten sind aufgeraucht. Fernando tritt hinzu und interessiert sich für das Mikrophon und den Recorder. In den Staaten habe er auch beim Radio gearbeitet. Er habe eine Marimba-Sendung bei einem kleinen Sender in Nevada gehabt, „Radio Campesino“. Sein Geld verdiente er in den letzten sieben Jahren allerdings als Kellner in einem Casino in Las Vegas. Bis zu der Razzia vor einigen Wochen. Wahrscheinlich habe ihn sein Vermieter angeschwärzt. Seine Frau bleibe in Vegas. Sie sei seit kurzem resident. „Wir werden jetzt wohl viel telefonieren“, sagt der 44-Jährige lachend. Und die Trennung werde bestimmt nicht für lange sein. „Wenn die Demokraten gewinnen, sieht die Sache anders aus.“ Der amerikanische Traum sei schließlich für alle da.

Melvin Querrvin und seine Kollegen haben die Erfassung abgeschlossen. Sie lassen die Leute wieder in loser Zweierreihe antreten. Die Schlange geht langsam nach draußen in Richtung des Tores, vor dem bereits drei Dutzend Männer und Frauen auf ihre Verwandten warten.

Querrvin entschuldigt sich. Er müsse noch einen Haufen Papierkram machen und etwas essen. In einer Stunde kommt der nächste Flieger aus Arizona.

## 7. Millionen nach Norden, Milliarden nach Süden

Wer im guatemaltekischen Hinterland die Hauptstraße eines mittelgroßen Dorfes entlang fährt, wird mit der gleich hohen Wahrscheinlichkeit, mit der man auf eine katholische Kirche stößt, auch eine Filiale von Money Gram und/oder Western Union antreffen. An allen Fernstraßen werben Werbetafeln für die Granden unter den Geldtransfer-Unternehmen: „MoneyGram – ein Netz, in das Sie vertrauen können“, oder: „Ich schicke mehr als nur Geld – Western Union.“ Letztere etwa ist mit gut 150 eigenen Niederlassungen im Land vertreten. 3,4 Milliarden Dollar wollen schließlich irgendwohin geschickt sein. Soviel überwiesen die Exilguatemalteken 2005 nach Hause an ihre Familien. Das ist gegenüber dem Vorjahr nicht nur ein Anstieg um 14 Prozent, das ist auch gut ein Sechstel des Bruttosozialprodukts.

Nicht nur für Guatemala sind die privaten, in der Regel innerfamiliären Geldsendungen, die Remesas, zu einem tragenden wirtschaftlichen Standbein geworden. Beliefen sich die gesamten Überweisungen nach ganz Lateinamerika 1980 noch auf eine Milliarde Dollar, so kamen 2005 allein bei Guatemalas kleinem Nachbarn El Salvador drei Milliarden Dollar an. Im Vergleich zu diesem Devisenregen rückt die klassische Entwicklungshilfe in den Hintergrund. Ökonomen und Sozialwissenschaftler beobachten mit wachsendem Interesse und Staunen die gigantischen Geldströme, die seit eineinhalb Jahrzehnten gehäuft um den Globus geschoben werden. In der Regel von Nord nach Süd. Aber weltweit gesehen, sind die Remesas oder Remittances keineswegs unidirektional, unterstreicht Manuel Orozco vom Washingtoner Think Tank Interamerican Dialogue am Rande der Vorstellung einer Remesa-Studie der IOM in Guatemala Stadt. Global kreisten jährlich inzwischen 400 Milliarden Dollar um den Erdball, von denen zwei Drittel aus den USA, Europa, Japan und den arabischen Öl-Staaten kämen. Der Rest seien interregionale Geldflüsse innerhalb Asiens, Lateinamerikas und Westafrikas. „Wir schätzen, dass allein innerhalb Westafrikas jährlich zwei Milliarden Dollar versendet werden, also zum Beispiel von Ghanaern die nach Mali gehen, von Maliern, die in Nigeria arbeiten etc. Wenn auch die Hälfte der Migration aus Nicaragua die USA zum Ziel hat, so geht die andere Hälfte nach Costa Rica oder El Salvador.“ In der Tat beginnen mehr und mehr Wirtschaftssektoren El Salvadors unter erheblichem Arbeitskräftemangel zu leiden, da nach manchen Schätzungen bereits jeder dritte Salvadorianer in die USA abgewandert ist.

Der ökonomische Blick auf die Remesas hat sich in den letzten Jahren verschoben. Standen die privaten Devisensendungen lange unter dem Verdacht, von den Empfängern entweder unproduktiv gehortet oder aber im täglichen Konsum verbraten zu werden, scheinen inzwischen ihre nachhal-

tigen Effekte erwiesen. Für Guatemala bestätigt genau das eine im Herbst 2006 von der IOM vorgelegte Studie.<sup>3</sup> „Ich denke, die Leute wissen schon ganz genau was sie mit ihrem Geld machen“, sagt Günther Müssig, Chef der IOM in Guatemala. „Das Geld wird kontrolliert ausgegeben. Außerdem: die Migranten schicken ja nicht unendlich Geld, die wissen ja auch ungefähr was hier benötigt wird – deshalb ja auch einheitlich dieser Durchschnittsbetrag von 300 Dollar pro Überweisung. Der ist hochgegangen, von vor sechs sieben Jahren, von 190 auf 270 und jetzt auf 300 Dollar.“ Gespart werden davon nur zehn Prozent. Und auch wenn tatsächlich gut die Hälfte der Remesas in den Konsum fließen – mit dem seinerseits positiven Effekt einer gesteigerten Binnennachfrage –, sind offenbar die 15 Prozent entscheidend, die in Bildung und Gesundheit investiert werden. Das sind 470 Millionen Dollar, privat aufgewendet für Medikamente, Arztbesuche, Schulgelder, Schuluniformen, Schulbusse. In Guatemala – dem Land Mittelamerikas mit den geringsten öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit – tragen diese Ausgaben merklich zur Armutssenkung bei, bestätigt Weltbank-Ökonom Maurice Schiff. Überhaupt sind mit Blick auf die Remesas immer mehr migrationsfreundliche Töne von der Weltbank zu vernehmen – einer Organisation, die bislang nicht eben im Verdacht stand, Anwalt von Migranten-Interessen zu sein.

Was volkswirtschaftlich zu begrüßen sein mag, hat seine soziale Kehrseite. Wie die IOM-Studie zeigt, sind 13 Prozent der 3,75 Millionen Empfänger in Guatemala Ehefrauen oder – in fast gleichem Maße – Ehemänner, zu gar 50 Prozent sind es die Kinder der Absender. Hinter den stolzen 3,4 Milliarden Dollar an Remesas stehen hunderttausende desintegrierte, von Migration auseinander gerissene Familien.

Dass die Empfänger nicht die einzigen Profiteure sind, wird kaum überraschen, bei dem gigantischen Markt, den der private Geldtransfer mittlerweile weltweit darstellt. Die größten Finanzdienstleister, eben Western Union und MoneyGram, teilen sich den US-Markt praktisch untereinander auf. Western Union, Branchenführer mit allein 75 Prozent Marktanteil, berechnet zwischen 12 und 16 Dollar Gebühren pro überwiesene 100 Dollar.

Hier setzt das jüngste Projekt der IOM in Guatemala an. Günther Müssig und seine Mitarbeiter haben in Kanada ein Pilotprogramm zur ‚temporären Arbeitskräftewanderung‘ gestartet. 2005 konnten die ersten 65 guatemaltekischen Landarbeiter für ein Jahr nach Kanada reisen – und zwar nicht über Land mit einem Kojoten, sondern im Flugzeug, legal mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis und Arbeitsberechtigung. Den Flug bezahlten die ka-

<sup>3</sup> *Organización Internacional para las Migraciones (Ed.), Encuesta sobre Remesas 2006. Inversión en Salud y Educación, Guatemala 2006. [= Cuadernos de Trabajo Sobre Migración 23]*

nadischen Arbeitgeber, Tomatenfarmer in Quebec. Sie entrichteten auch die in Kanada üblichen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. Der Teil des in den Sechstage-Wochen hart verdienten Geldes, der nach Hause an die Familien geschickt werden sollte, wurde nicht zu einem der großen Finanzdienstleister gebracht, sondern auf ein gemeinsames Konto eingezahlt. „Ein Masteraccount, von dem später das Geld auf die individuellen Konten verteilt wird“, erklärt Müssig. „Das wird dann sehr günstig. Bei 50 einzahlenden Arbeitern kostet eine Überweisung zwischen 50 und 60 Cents. Die Standardüberweisung würde dagegen zehn bis zwanzig Dollar kosten.“ Dass in diesem Fall nicht mehr horrenden Summen als Überweisungsgebühren auf der Strecke bleiben, das ist für Müssig das Eine. Entscheidend seien aber die grundlegenden Vorteile dieser geordneten, kurzfristigen Migration, für die er irgendwann auch Partner in den USA zu gewinnen hofft. „Die Leute wissen, dass sie einen fest umrissenen Zeitraum dort sein werden, dass sie wieder zurück können, und sich die Familien nicht desintegrieren würden. Und sie dann im nächsten Jahr wieder gehen könnten, dass sie also praktisch planen können, wann und wie lange sie gehen, was sie verdienen, und was sie dann später investieren können. Wir haben das bei unserem Kanada-Programm gesehen, dass die Leute ihre Kinder in die Schule gehen lassen und in Haus und Gesundheit investieren.“

Vorerst ist in den USA allerdings kein Kooperationspartner in Sicht. Über die Gründe ist sich Müssig im Klaren. „Weil auf dem Arbeitsmarkt illegale Migranten schneller vermittelbar sind als feste, legal arbeitende mit allen Zahlungen und Steuern.“

Also werden es weiterhin mindestens zu sechzig Prozent irregulär in den USA lebende Guatemalteken sein, die mit ihren Milliarden-Überweisungen die Entwicklungshilfe in den Schatten stellen. Ihre Remesas stoßen dabei auf die gleichen strukturellen Probleme, die auch die Entwicklungshilfe über Jahrzehnte versickern ließen, wie Manuel Orozco unterstreicht. Ein Grund mehr, weshalb sie die Lösung nicht sein können. „Entwicklungsländern fehlt es schlicht an der ökonomischen Infrastruktur, solche Geldmengen zu absorbieren. Um das Geld in nachhaltige Investitionen umlenken zu können, braucht es eine Mittelschicht, die diese Ressourcen ummünzen kann, und es braucht eine Politik, die sie dazu in die Lage versetzt. Das ist die Herausforderung.“

## 8. Viva Mexico

Der erste Müllwagen kommt um kurz vor neun. Offenbar aus dem Nichts tauchen mehr als dreißig Personen auf, zwischen ihnen wuseln unzähli-

ge ausgezehrte Hunde mit kranken, trüben Augen. Am Himmel kreist eine Wolke nervöser Aasgeier. Der Wagen kippt seine Ladung ab. Sofort fangen die Leute an, mit Kaminhaken oder den bloßen Händen den Müll zu durchstochern. Hier und da führt jemand das gerade in dem Haufen gefundene direkt in den Mund; eine Tortilla oder ein Tamal.

Eliseo Ramos Martín ist bereits seit einer Stunde bei der Arbeit. Schon bevor die erste Fuhre kommt, durchkämmt er den Müllberg nach Aluminium, Kupferdrähten, Glas, Plastik und Essensresten. „Ich komme immer morgens um acht und arbeite bis um sechs. Keine leichte Arbeit“, erzählt er verhalten, während er sich seinen linken Gummistiefel auszieht. „Hab’ mich an einer Flasche geschnitten. Meine Schwester hat das gestern verbunden. Wird schon wieder“, erklärt er knapp. Seit 5 Jahren arbeitet Eliseo hier; vor kurzem ist er dreizehn geworden.

Eliseos Arbeitsplatz liegt beim Straßendorf Viva Mexico: einige lose um eine Kontrollstation der Migrationspolizei angeordnete Taco-Garküchen und ein Haufen ambulanter Händler; sie versuchen aus dem chronischen Stau Kapital zu schlagen, den die immer gründlicheren Kontrollen aller Fahrzeuge nach Norden verursachen. Unweit liegt Mexikos südlichste Müllkippe, Endlager für den Müll des rund 15 Kilometer entfernten Tapachulas, der „Perle von Soconusco“. Die heiße, geschäftige 350.000-Einwohnerstadt an der Grenze zu Guatemala ist das wirtschaftliche Zentrum von Chiapas. Insgesamt ist es der Abfall einer halben Million, im Großraum Tapachula lebender Menschen, der sich auf der 39 Hektar großen Müllkippe auftürmt: täglich 25 LKW-Ladungen à 10 Tonnen. Olfaktorisch überwältigend vermittelt sich hier, dass in Mexiko Klopapier in der Regel im Hausmüll landet. Je höher sich die Morgensonne nach oben arbeitet, umso dichter werden die Fliegen- und Mosquito-Schwärme und umso schwerer macht der durchdringende Gestank das Atmen.

80 Pesos, etwa 6 Euro – soviel kann er an einem guten Tag machen, erzählt Eliseo. 10 bis 12 Pesos bekommt er für ein Kilo gesammeltes Aluminium. Das reicht, um Essen kaufen zu können für sich und seine Schwester, mit der er am Rande der Müllkippe wohnt. Und es reicht, um alle drei oder vier Monate nach Hause zu gehen, in die „Siedlung des 5. Mai“ in Malacatán, kurz hinter der Grenze, im guatemalteckischen Departamento San Marcos. „Mein Traum? Arbeiten, Kilos und Kilos an Aluminium zu sammeln, davon träum ich,“ sagt Eliseo, erhebt sich von seiner Bank, einem zerbeulten Wasserspender und geht ans Werk.

Rund 200 Guatemalteken leben permanent an der Müllkippe, sagt Melvin Valdez, der guatemalteckische Konsul in Tapachula. In der Mehrheit seien es Kinder. Ihre Zahl steigt jedes Jahr im Herbst sprunghaft an, zum Ende der Erntezeit auf den Minifundien der angrenzenden Bezirke San Marcos und

Huehuetenango. Die Müllkippe ist dann nur ein Arbeitsplatz unter vielen an der chiapanekischen Pazifikküste. Über das Jahr passieren 50.000 Erntehelfer informell die Grenze, um für zwei oder drei Monate auf den 329 Fincas und Plantagen zu arbeiten. 90 Prozent der Hausmädchen in Chiapas sind Guatemaltekinnen, in der überwiegenden Zahl Indígenas. Sie treten ihre Arbeit in der Regel mit 12 oder 13 Jahren an, erläutert in Tapachula Ricardo Lagunes Casca, Anwalt des Menschenrechtszentrums Fray Matías de Cordova. Die Arbeitsbedingungen seien oftmals verheerend, das zeige eine Studie des kirchlichen Menschenrechtsbüros. Da die Frauen fast ausschließlich undokumentiert im Land sind, als Indígenas maximal Grundschulbildung haben und kein oder kaum Spanisch sprechen, seien sie in ihren Rechten äußerst verletzlich. Etwa bei der verbreiteten Unterschlagung des ohnehin spärlichen Lohns durch die Arbeitgeber. 65 Prozent der im Rahmen der Studie befragten Frauen gaben an, misshandelt worden zu sein; 33 Prozent erlitten eine Kombination physischer, psychischer und sexueller Misshandlungen.

Sexualisierte Gewalt ist für Frauen in der Migration allgegenwärtig. Das gilt für grenznahe Migration in der Region Chiapas-Guatemala genauso, wie für die transnationale mit dem Ziel USA. Neben der für alle Migranten ohnehin prekären Situation durch den undokumentierten Status, sind Frauen überdies gefährdet durch strukturelle Diskriminierungen und offene Gewalt. Sexuelle Nötigungen und Übergriffe durch Bandenmitglieder, Schleuser, Polizeibeamte und mitreisende Migranten scheinen an der Tagesordnung zu sein. Nach einer Umfrage des Pastoral de la Movilidad Humana Guatemala nehmen 60 Prozent der Migrantinnen für ein Weiterkommen nach Norden bewusst sexuelle Gegenleistungen in Kauf und/oder werden Opfer von Vergewaltigungen. Neun von zehn Frauen in den unzähligen Rotlicht-Bars und Bordellen der Grenzregion um Tapachula sind Migrantinnen.

## 9. Zwischen Migra und Mara

Die „Herberge Belén“ liegt am Stadtrand Tapachulas; gerade führt der in hundert Metern vorbei ziehende Fluss wenig Wasser. Aber das entgrenzte, von gewaltigen Findlingen gesäumte Flussbett, lässt erahnen, wie Wirbelsturm Stan hier 2005 gewütet haben muss. Umso leichter, als auch an diesem Nachmittag ungefragt der in der Regenzeit obligate tropische Regen einsetzt. So war das auch genau vor zwei Jahren bei Stan, bloß, dass es eine Woche lang ohne Unterlass regnete. Tapachula liegt nur einige Meter über dem Meeresspiegel und ist umgeben vom Hochland von Chiapas; der mächtige auf der Grenze zu Guatemala liegende Viertausender-Vulkan Tacaná thront über der Stadt. Eigentlich ist es ein Wunder, dass Tapachula bei

starkem Regen nicht einfach vom abfließenden Wasser in den nahen Pazifik geschwemmt wird. Heute hat der Regen ein Einsehen und verschwindet so unvermittelt wie er gekommen war. Jael und Jose hatten sich vor der Herberge an einer Palme untergestellt. Jetzt überqueren sie die kleine Straße, um beim Nachbarn gegenüber einen Kaffee zu kaufen. Seit ein paar Jahren betreibt Jorge durch seinen Gartenzaun einen kleinen Kiosk, verkauft Kaffee, einzelne Zigaretten und kleine Snacks. Der Kolumbianer war vor ein paar Jahren auf seinem Weg in die USA in Tapachula hängen geblieben. Mexiko gewährte dem Journalisten politisches Asyl. Das eines Tages die Kunden wegbleiben könnten, darüber muss sich Jorge keine Sorgen machen. Die 45 Betten des „Hauses der Migranten“ sind eigentlich immer randvoll belegt. So auch heute. Zwischen ein und vier Uhr nachmittags ist die Herberge geschlossen. Gut für Jorge. Die meisten Bewohner sitzen die Zeit vor dem Haus ab, wer es sich leisten kann, kauft bei dem Kolumbianer eine Zigarette und hält ein Schwätzchen. Jael und Jose stört die Zwangsmittagspause nicht weiter. „Klar ist das etwas strenger hier, man darf sich zum Beispiel tagsüber nicht im Schlafsaal aufhalten, wer was getrunken hat, fliegt sofort raus. Von mir aus,“ sagt Jose. Morgen früh ziehen die beiden ohnehin weiter. Nach zwei Tagen in der Herberge. Maximal drei Nächte, so die Regeln, darf jeder Migrant hier verbringen, sich waschen und ausruhen, zwei Mal am Tag essen; jeden Abend kommt ein Arzt vorbei und bietet kostenlose Hilfe an. Die zwei Freunde aus Nicaragua haben es eilig. „1.350 Kilometer sind es noch bis Houston“, sagt Jael. Wie er auf diese Zahl kommt, denn tatsächlich liegen gut dreitausend Kilometer mexikanisches Staatsgebiet zwischen hier und der texanischen Metropole? „Na ja, das erzählen sie.“

Eilig hatten sie es auch gestern, als sie im guatemaltekischen Tecún Uman die Grenze zu Mexiko passiert haben – indem sie auf einem der Flöße aus LKW-Schläuchen übersetzten. „Fünf Stunden haben wir dann für die 45 Kilometer vom Rio Suchiate hierher gebraucht“, erzählt Jael. „Wir sind mehr gerannt als gelaufen“. „Ja, man muss sich da tierisch beeilen“, ergänzt Jose, „es gibt eine gefährliche Brücke, da überfallen sie einen mit Macheten und klauen dir das Bisschen, was du bei dir hast“. Die Brücke, gelegen ungefähr auf halber Strecke des Feldwegs zwischen dem Grenzörtchen Ciudad Hidalgo und Tapachula, ist unter den Migranten bekannt und berüchtigt; so wie die mexikanischen Soldaten, die je nach Lust und Laune am Ortsrand von Hidalgo auf einen Obolus warten. „Ja, die Brücke ist Mara-Land“, bestätigt auch Ricardo Vazquez von der Beta-Gruppe der mexikanischen Migrationspolizei. „Wir haben da regelmäßig schwer verletzte Migranten aufgesammelt, die von den Gangs überfallen worden waren.“ Bei einer gemeinsamen Patrouillenfahrt wird die Brücke jedoch ausgespart. Zu gefährlich, versichern Vazquez und Jaime Bravo, sein Kollege am Steuer des Grupo-Beta

Geländewagens; man dürfe den Journalisten aus Deutschland keiner Gefahr aussetzen. Dessen Protest überhören sie und nähren dabei irgendwie den Verdacht, die Routenänderung könne an der bevorstehenden Siesta liegen.

Jael und Jose zumindest hatten Glück. Um die Brücke herum war niemand; nur ein paar Pesos wollten die Soldaten von jedem der neunköpfigen Gruppe, mit der sie unterwegs sind. Fünf Tage haben sie im Bus von Nicaraguas Hauptstadt Managua bis zur mexikanischen Grenze gebraucht. Zwischen Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala besteht das CA-4 Abkommen, das den Staatsangehörigen der mittelamerikanischen Staaten Freizügigkeit zusichert. Problematisch wird es also erst beim Grenzübertritt nach Mexiko.

Noch vor einer Woche haben Jael, Jose und drei weitere Freunde der Gruppe gemeinsam in Nicaraguas Hauptstadt Managua in einer Maquila gearbeitet, in einem der unzähligen Betriebe Lateinamerikas, die Produkte für den Weltmarkt herstellen. Viel Arbeit und wenig Geld, sagt Jael. Der Entschluss, in die USA zu gehen stand schon lange fest. „Nicaragua ist am Arsch. Machen wir was für die Wirtschaft! Wir bauen die Wirtschaft wieder auf, wenn wir zurückkommen.“ Lachend stimmen Jose und Alvaro zu. „Wir werden ein paar Lincolns und Thomas Jeffersons nach Hause schicken, ein paar grüne Jeffersons.“ „Ja, nur Dollars!“ Deshalb wollen sie von Houston weiter nach Los Angeles, wo Jaels Schwager lebt – illegal. „Der Rest meiner Familie ist in Nica; meine Mama, meine Frau, alle“, sagt der 22-Jährige. „Ich gehe voraus. Mit Gottes Gnade.“

Etwas abseits, auf einem Stein, sitzt Maria Teresa; die Gruppe um Jose und Jael hat die 19-Jährige unterwegs am Busbahnhof in Guatemala Stadt aufgegebelt. Auch sie war vor gut einer Woche in Managua aufgebrochen, allein. In den USA kennt sie niemanden. Ob sie denn wisse, wohin sie dort will. „Na ja, in die Staaten halt!“, sagt sie, wobei ihr Lachen schnell verstummt. „Ich habe kein genaues Ziel, irgendwas werde ich schon finden.“ Als Kindermädchen zu arbeiten, das könne sie sich vorstellen. Sie überlegt einen Moment. „Mein Vorhaben ist es, zu arbeiten und meine Mutter zu unterstützen. Mit diesem einzigen Vorhaben hab’ ich mich aufgemacht. Mehr weiß ich nicht.“ Ihre Mutter sei allein stehend. Sechs Geschwister seien sie insgesamt. Maria Teresa ist die Drittälteste. Die beiden ältesten Schwestern seien 21 und 22 und verheiratet, sie leben inzwischen außer Haus. Ihr jüngster Bruder sei zehn. „Die sind traurig, dass ich jetzt weg bin. Und ich bin es auch. Aber ein Teil von mir ist auch froh; darüber, dass ich jetzt – vielleicht – in eine bessere Zukunft gehe.“ Wie der Weg dorthin aussieht, das wisse sie nicht so genau. „25 Tage soll man brauchen bis in die Staaten. Einige sagen, es sei ziemlich hart, gefährlich. Dass man mit einigen Sachen

rechnen muss.“ Sie macht eine Pause und fügt leise hinzu. „Alles was ich weiß: dass Gott mit mir geht und dass ich meiner Familie helfen will.“

Barthi hat keine Familie mehr. Als der Tsunami vor zwei Jahren den Nordosten Sri Lankas verheerte, seien seine Eltern und Geschwister ertrunken. Ob er glücklich darüber sein soll, im Landesinneren gewesen zu sein als die Welle kam und so überlebt zu haben, das weiß er nicht. „Ich bin 31 und ich bin nicht verheiratet. 31 und nicht verheiratet!“, wiederholt er mit einem verhaltenen Lachen. In seinem Land, das sei eine andere Kultur, da habe er keine Chance mehr. Also bestieg er vor zwei Monaten in Colombo mit Freunden ein Boot in Richtung Malediven. Von dort nahmen sie einen Frachter nach Kenia. Drei Wochen, so genau weiß er das nicht, verbrachte er dann im Laderaum eines noch größeren Schiffs. Ein Matrose brachte den blinden Passagieren nach Möglichkeit etwas Essen und Wasser. „Dann habe ich diesen großen, großen Berg gesehen“, erzählt Barthi in gebrochenem Englisch, „ich bin ins Wasser gesprungen und geschwommen. Das Schiff ging woanders hin.“ Der große Berg, das war der Tacaná. Ohne es zu wissen, war Barthi an Guatemalas Pazifikküste gelandet. Ein paar Tage später kam er in Tapachula an. In Guatemala hatte ihm jemand von der Herberge erzählt; und, dass man in Mexiko politisches Asyl beantragen könne. Die Herbergsleitung drückt in diesen Fällen ein Auge zu. Barthi kann länger bleiben als die eigentlich maximalen drei Nächte.

Waren es lange nahezu ausschließlich Mittelamerikaner, die auf dem Landweg über Südmexiko in die USA zu gelangen versuchten, kommen inzwischen mehr und mehr Flüchtlinge aus Asien und Afrika, erzählt Maria Merina, die stellvertretende Leiterin der Herberge. Ihr Chef, Padre Flor Maria ist gerade in Mexiko-Stadt bei einem Treffen von migrantischen Organisationen. Die Herberge ist Teil eines Netzwerkes der Scalabrinianer, eines Ordens, der sich weltweit der Betreuung von Migranten verschrieben hat. In der Region unterhalten sie vier weitere Herbergen: in Tecún Uman, auf der guatemalteckischen Seite des Suchiate-Flusses; in Guatemala-Stadt und mit Tijuana und Nuevo Laredo zwei in Nordmexiko.

Wer sich mit Migration an Mexikos Südgrenze beschäftigt, kommt an Padre Flor und seinem Ordensbruder in Tecún Uman, Padre Ademar Barrioli kaum vorbei. Die beiden Scalabrinianer beschränken sich mitnichten darauf, mit ihren Herbergen tätigen Dienst an Leib und Seele der Migranten zu leisten. Beide sind auch lautstarke und scharfe Kritiker der mexikanischen und US-amerikanischen Migrationspolitik. Pater Ademars Wort, ganz Mexiko sei zur einer einzigen „vertikalen Grenze“ geworden, wird in der regionalen Berichterstattung immer wieder aufgegriffen. „Lateinamerika hat sich an den Rio Suchiate zurückgezogen, Mexiko spricht nicht mehr unsere Sprache“, lässt sich Padre Flor zitieren. Mexiko habe die Seiten gewechselt,

habe sich von Lateinamerika ab- und dem „globalisierten“ Nordamerika zugewandt; ein Verrat am iberoamerikanischen Kulturkreis, so wird unter den Migranten-AktivistInnen der Region die mexikanische Politik der letzten fünfzehn Jahre gesehen.

Morgen, ganz früh, wollen Jael und Jose aufbrechen; und mit ihnen und den anderen fünf auch Maria Teresa. „Wir haben keine Kohle“, sagt Jael, „der Güterzug ist umsonst. Also laufen wir nach Arriaga in zwei oder drei Tagen. Klar ist das gefährlich aber der Herr wird die Räuber des Weges verweisen. Hier gehen wir mit der Gnade Gottes.“ Bis Wirbelsturm Stan das Gleisnetz in Süd-Chiapas wegspülte, waren es die Güterbahnhöfe in Ciudad Hidalgo und Tapachula, wo sich täglich hunderte Migranten sammelten, um auf einen der Güterzüge aufzuspringen, die von hier gen Norden fuhren. Jetzt fahren die Cargo-Züge erst 400 Kilometer nördlich: In Arriaga, an der Grenze von Chiapas und Oaxaca. Das bedeutet einen mehrtägigen Fußmarsch, auf Schleichwegen. Die Hauptstraßen sind tabu. An mehreren Kontrollpunkten filzt das INM, die mexikanische Migrationsbehörde, alle LKWs, Pick-Ups, die Busse zumal. Kleidung, Hautfarbe, gar der Geruch sind die Kriterien, anhand derer die Beamten Mittelamerikaner auszumachen versuchen. Wer verdächtig ist, aber mexikanische Papiere vorweisen kann, muss etwa den Text der Nationalhymne aufsagen; den kennt in Mexiko jedes Kind. Immer wieder kommt es vor, dass auch mexikanische Staatsangehörige, die irgendwie nach Mittelamerikanern aussehen und uneindeutige Papiere dabei haben, im Abschiebegefängnis landen und nach Guatemala deportiert werden.

Auf den Schleichwegen, die durch Soconusco, den heißen Küstenstreifen des pazifischen Tieflands von Chiapas, nach Arriaga führen, sind die hier eher seltenen Kontrollen der „Migra“, der Migrationspolizei, indes nicht die größte Gefahr. „Alle Welt weiß das“, sagt Jose: „Wenn dich die Polizei nicht kriegt und fertig macht, dann erwischen dich die Maras oder sonst wer. Alle Welt will deine Kohle. Weiter nördlich, heißt es, bringen sie die Leute um.“ Immer wieder gibt es Überfälle der Jugendgangs, die sich im De facto-Niemandsland von Soconusco darauf spezialisiert haben, die täglich zu Hunderten durch das Gebiet ziehenden, gleichsam vogelfreien Indocumentados auszurauben, zu vergewaltigen und oft genug umzubringen. So gilt es in den Gangs offenbar als Initiationsritus, eine Frau auf einem fahrenden Zug zu vergewaltigen.

Dass Jose und Jael in einer kleinen Gruppe losziehen werden, verringert das Risiko. Aber in der Herberge erzählt man sich auch von den Mara-Überfällen auf größere Gruppen; etwa im Dezember 2003, als eine Gang bei einem nächtlichen Überfall auf einen vollbesetzten Güterzug ein regelrechtes Massaker veranstaltete. Zwischen Migra und Mara, zwischen Unfäl-

len und Überfällen werden sich Jose, Jael und Maria Teresa in den nächsten Tagen bewegen. „Aber in Gottes Namen werden wir es schaffen“, fügt Jael nochmals an.

## 10. Im Reich der Bestie

Am 20. März 2004 verließ Donar Antonio Ramirez seine Kleinstadt in der Nähe von Krautara im Osten von Honduras. Den Grund für seine Reise ließ er zurück: „Es war wegen meiner drei Kinder – ich wollte eine Arbeit finden, die genug einbringt, um uns zu ernähren. Eine anständige Arbeit. Das hatte ich mir erhofft, mehr nicht,“ erzählt der 28-Jährige, der bis dahin als Parkplatzwächter gearbeitet hatte. Drei Tage brauchte er damals bis zum Grenzfluss Suchiate. Noch am gleichen Abend wartete er am Bahnhof von Tapachula mit drei-, vielleicht vierhundert anderen Migranten auf La Bestia; unregelmäßig, alle zwei, drei Tage fuhren die „Bestien“, die langen Güterzüge der Compañía de Ferrocarriles Chiapas-Mayab beladen mit Dünger oder Rohöl nach Norden. Um die Abfahrt nicht zu verpassen, hielt sich Donar wach, lauerte wie all die anderen auf dem Gelände des Güterbahnhofs, um im rechten Moment einen günstigen Platz auf einem der Waggons zu erwischen. Als sich der Zug in Bewegung setzte, waren die anderen schneller. Die Waggondächer waren schon randvoll besetzt, Donar sprang auf ein kleines Trittbrett. Drei Tage kroch der Zug durch Chiapas, diese drei Tage lang klammerte sich der kleine, kräftig gebaute Mann an einen der seitlichen Türgriffe. Irgendwo im nordwestlich angrenzenden Bundesstaat Oaxaca stoppte der Zug. Gelegenheit, eine Tortilla aus dem Rucksack zu kramen; da, am Morgen des 26. März ist es passiert: „Das war so gegen zehn Uhr. Der Zug fuhr plötzlich wieder an, ich konnte mich nicht richtig festhalten, fiel runter und der Zug rollte über meine Beine. Über eine Stunde lag Donar neben den Gleisen, bis er gefunden und ins Krankenhaus gebracht wurde. Da hatte er längst das Bewusstsein verloren, das er erst drei Tage später wiedererlangte. „Als ich im Krankenhaus aufgewacht bin, erinnere ich mich nur daran, wie mir der Arzt sagte: Donar, du hast beide Beine verloren.“

Jetzt sitzt er unter einem Vordach im Innenhof der Herberge „El Buen Pastor“ am Stadtrand von Tapachula. Die Haare streng nach hinten gegelt, um den Hals eine Perlenkette mit einem großen Holzkreuz, erzählt Donar seine Geschichte. Die Prothesen, die er nach langem Warten vor einiger Zeit bekommen hat, stecken in einer Cargo-Hose. Finanziert wurden Donars neue Beine wie die gesamte Herberge Zum Guten Hirten: privat, ausschließlich durch Spenden. Der Ort erinnert an ein Heim für Kriegsversehrte. Während

wir vor dem Speisesaal unter dem Vordach sitzen, schlurften andere der momentan 29 Patienten auf Krücken vorbei; im Rollstuhl kommt Alma herangefahren, stellt ihre Kaffeetasse ab und hebt ihre fünfjährige Tochter hoch. Die macht es sich auf einem Beinstumpf ihrer Mutter bequem. Eine ihrer beiden Töchter konnte die 34-Jährige hierher holen, die Ältere musste in Honduras bleiben. Zurzeit wartet Alma auf ihre Prothesen.

Im Hintergrund zieht ein einbeiniger Patient hüpfend einen Eimer Mörtel hinter sich her. Denn gerade wird angebaut in der Herberge zum Guten Hirten, wer irgend kann, hilft mit. Über fünfzig Patienten will man aufnehmen können, wenn die beiden neuen Schlafsäle fertig sind. Für die ausschließlich von Spenden abhängige Einrichtung eine enorme Kraftanstrengung. An Kraft mangelt es ihrer Gründerin Olga Sanchez sicher nicht. An die 5.000 Migranten dürften es mittlerweile sein, derer sich die Mittvierzigerin in den letzten Jahren angenommen hat; hier, in der neuen Herberge, ihrer Vorläuferin im Stadtzentrum oder in den Krankenhäusern der Region, die Doña Olga unermüdlich durchkämmt auf der Suche nach verunglückten Migranten. Wer das Glück hatte, an den Gleisen gefunden zu werden, dessen Versorgung ist damit noch keinesfalls gesichert. Privat ein Taxi zu bezahlen, ist in der Regel die einzige Möglichkeit, ins einzige Krankenhaus der Region zu kommen. Dort, in der Provinzhauptstadt Tapachula, gibt es ganze zwei Chirurgen. Auch müssen die Eingelieferten nachweisen, dass sie die Behandlungskosten übernehmen können. Die Herberge „Buen Pastor“ ist weit und breit die einzige Einrichtung, die in diesen Fällen einspringt. Und immer wieder sind es die gleichen Schicksale, denen Doña Olga dabei begegnet: wie Donar fielen die meisten entkräftet von einem der Güterzüge, rutschten ab bei einer Vollbremsung des Zuges, oft verursacht durch Polizeirazzien; oder sie wurden von Gangs überfallen und vom Zug gestoßen. Den meisten mussten Arme, Beine, Hände oder Füße amputiert werden. Auf einem anderen Blatt stehen die psychischen Folgen: Nahezu Jede und Jeder war nach Norden aufgebrochen, um Geld nach Hause zu schicken. Ausgeschlossen, nun als Krüppel zurückzukehren und den Familien zur Last zu fallen.

Wie viele nicht rechtzeitig gefunden wurden und an den Gleisen verbluteten, darüber gebe es keine genauen Zahlen, sagt Francisco Aceves und blickt in seinem geräumigen, klimatisierten Büro in der Migrationsbehörde in Tapachula auf die neue Monatsstatistik ‚Oktober 2006‘. Aceves ist lokaler Chef des Grupo Beta Sur. 1990 wurde die Beta-Gruppe an der Nordgrenze als Sondereinheit der Migrationspolizei ins Leben gerufen. Die mexikanische Bundesregierung reagierte damit auf den massiven Anstieg von Todesfällen an der Grenze zu den USA: Immer mehr Migranten waren dort beim Durchqueren der Wüsten verdurstet oder hatten sich verirrt, zu-

gleich begann die Schlepper- und Schleuserindustrie zu blühen. Als die Situation auch an der Südgrenze immer prekärer wurde, baute man 1996 den Grupo Beta Sur auf. Im Gegensatz zur regulären Migrationspolizei hat der Grupo Beta nicht den Auftrag, Migranten aufzugreifen und zu verhaften, sondern sie vor Straftaten zu beschützen und zu beraten. „Der Grupo Beta soll das humane Gesicht der mexikanischen Migrationsbehörden sein“, sagt Ricardo Lagunes Casca vom Menschenrechtszentrum Fray Matías de Cordova in Tapachula – um gleich anzuhängen, dass die von der Idee her löbliche, in ihrer Art weltweit einmalige Einheit mitunter durchaus ins Zwielicht gerate. Die Betas tragen freundliche orangefarbene Poloshirts und sind – zumindest seit einigen Jahren – unbewaffnet; draußen vor dem Büro von Francisco Aceves steht ein neuer Krankenwagen, daneben zwei üppige Geländewagen, auch sie in Orange. In kleinen, bunt bebilderten Leporelli, die sie an der Grenze auslegen und an einschlägigen Orten verteilen, klärt die Beta-Gruppe über die Gefahren der Migration auf: „Wenn Du eine Wüste durchquerst, trage Lebensmittel, Wasser, Salz, Limetten und Knoblauch mit Dir; Wenn Du Dich ausruhst, überprüfe Steine, Hölzer und Büsche auf Skorpione, Spinnen oder Schlangen; Die mexikanischen Behörden dürfen in keinem Fall Geld von Dir verlangen.“ Ein heikler Punkt: die in Mexiko endemische Korruption, macht auch vor den Beta-Gruppen nicht halt. Auch sie waren und sind immer wieder in Korruptions-, Erpressungs- oder Entführungsskandale verwickelt. Deshalb habe man mit ihm bewusst einen Externen berufen, sagt Aceves, der als Agraringenieur arbeitete, bevor er 2002 zum Chef der Betas in Tapachula berufen wurde. El Licenciado, der Ingenieur, wie ihn die anderen ehrfurchtsvoll nennen, versuche seitdem das Profil der Einheit zu ändern. „Als ich hierher kam, herrschte hier eine Polizeimentalität, reiner Korpsgeist“, sagt der müde und etwas melancholisch wirkende Mann. Bei allen Neuanstellungen habe er Wert darauf gelegt, sich keine Expolizisten mehr ins Haus zu holen; die stellen indes noch immer die Hälfte der 13 Beamten, über die Aceves verfügt. Man versteht was er meint, als Ricardo und Jaime hereintreten, die gerade von ihrer allmorgendlichen Patrouillenfahrt zurückgekommen sind. „Theoretisch, den Planstellen gemäß, sollten wir eigentlich 25 Mann sein. Aber das Geld reicht offenbar nur für 13“, erzählt Aceves und zeigt dabei auf der Wandkarte das Einsatzgebiet: 16 Gemeinden, die sich über 240 Kilometer erstrecken; vom Grenzfluss Suchiate bis nach Pijjipan, den gesamten Küstenstreifen von Soconusco entlang. Ein Tropfen auf dem heißen Stein, vor allem bis vor eineinhalb Jahren, vor dem Hurrikan Stan: Tag für Tag hätten im Schnitt vierhundert Leute auf dem Bahnhof von Tapachula ausgeharrt und auf die Züge gewartet. Dass jetzt die Züge erst 200 Kilometer nördlich in Arriaga abfahren, sei zunächst einmal eine Entlastung. Aceves zeigt auf die vor ihm

liegende Statistik: 2005 beriet der Grupo Beta in Tapachula 173.585 Migranten und registrierte 34 Todesfälle. Nach Stan, bis zum Oktober 2006, waren es drei erfasste Todesfälle bei 136.512 beratenen Flüchtlingen. „Die Zeile mit den Todesfällen – die ist nur für unsere Buchführung. Die tatsächliche Zahl wird um ein dutzendfaches höher sein.“ Aus Angst vor der Polizei und Misstrauen gegenüber dem Grupo Beta, werde nur ein Bruchteil der Toten gemeldet.

## 11. Fremdenverkehrsindustrie

Die chiapanekische Kleinstadt Comitán liegt am Interamerican Highway, auf halbem Wege zwischen der guatemaltekischen Grenze und San Cristóbal de las Casas. Das Mittelzentrum sei wahrscheinlich die sauberste Stadt Mexikos, vermutet der Reiseführer. Der Lonely Planet dürfte recht haben: Der in einer mexikanischen Stadt unvermeidliche Hauptplatz, der Zócalo, ist in Comitán gesäumt von frisch renovierten Kolonialhäusern, die Straßenreinigung arbeitet auf dem Niveau Singapurs; es blitzt und blinkt geradezu, als wolle sich die Stadt bewusst vom nahen, schmutzigen Guatemala abheben.

Marianno Dominguez, so nennen wir ihn einmal, sitzt im Hinterzimmer der Bar seines Bruders; er selbst ist stiller Teilhaber. Ein Hobby, wie er sagt. Bei Kakao und Backwaren erzählt Marianno, dass er seit einiger Zeit die Bibel lese, weshalb er sich über den Besuch eines ausländischen Journalisten besonders freue. Die Welt soll erfahren, wie es im Süden Mexikos zugeht – einem Land, das 2006 auf dem Korruptionsindex von Transparency International den Wert 3,3 erlangte (1 = sehr korrupt, 10 = nicht korrupt). Lokalen Medien gegenüber könne er solche Aussagen niemals machen, das wäre lebensgefährlich. „Ich kenne keinen einzigen unbestechlichen Beamten hier“, eröffnet der Anfang Vierzigjährige. Über 15 Jahre hat Marianno selbst im Öffentlichen Dienst gearbeitet; zunächst als Beamter des Innenministeriums – dem auch die Migrationsbehörde INM unterstellt ist –, dann beim Grupo Beta. Und irgendwie scheint Marianno während seiner Laufbahn zu Geld gekommen zu sein, so dass er sich seit einigen Jahren nur noch Rinderzucht und Bibellektüre widmen kann. „Die Migration ist ein riesiges Geschäft“, sagt er mit Nachdruck. „Und alle sind sie hier korrupt, alle; komplett korrupt.“ Bundespolizei, Staatspolizei, Gemeindepolizei, INM, Grupo Beta und Heer – jeder schneide sich nach einem offenbar fixen Verteilungsschlüssel sein Stückchen vom Kuchen ab. Von den rund 5.000 Dollar, die ein Kojote oder – synonym – ein Pollero zurzeit kassiert, wird gut die Hälfte an die mexikanischen Behörden durchgereicht. Die Kojoten haben pro mexika-

nischem Bundesstaat jeweils einen Kontakt bei den Behörden, der das Geld an die anderen Instanzen weiterleitet. „Sagen wir, ein Beamter der Bundespolizei kriegt 50 Dollar, dann gehen je 25 Dollar an die Staats- und die Gemeindepolizei“, erklärt Marianno. Das wären die marktüblichen Tarife für Mittelamerikaner. Die kommen deutlich günstiger weg als Südamerikaner oder gar Asiaten. „Ein Chinese, der ist teuer. Der zahlt dann schon 350 Dollar; Ecuadorianer zahlen auch mehr.“ Die teuersten kontinentalen Migranten aber sind Kolumbianer; die stehen grundsätzlich im Verdacht, Drogenkurier zu sein, das kostet ordentlich Aufschlag. Tatsächlich, so Marianno, nutzt der Menschenhandel in Chiapas die gleichen Wege und Infrastrukturen, wie der transnationale Drogenhandel. Tráfico de hormigas, Ameisenhandel – das beschreibt treffend, wie die Indocumentados als meist unfreiwillige Drogenkurier selbst genauso gehandelt werden, wie die illegale Ladung, die sie mit sich führen. Marianno entblättert eine Karte von Südmexiko und fährt mit dem Finger die beiden Hauptwege ab. Da ist der ‚klassische‘ Übergang von Tecún Uman nach Ciudad Hidalgo, dann nach Tapachula. Hier setzen allerdings fast nur die über, die sich einen Kojoten nicht leisten können und deshalb auf die Güterzüge setzen müssen. Bei den Kojoten sei der Übergang am alten panamerikanischen Highway beliebter: rund fünfzig Kilometer von Comitán, beim kleineren Grenzübergang von La Mesilla nach Ciudad Cuauhtémoc; von hier geht es durch die Sierra Madre de Chiapas zum riesigen Angostura-Stausee. Und immer stärker frequentiert sind die grünen Übergänge vom guatemalteckischen Dschungelbecken Petén kommend über den Rio Usumacinta, dann weiter tief im lakandonischen Urwald. Fast alle Routen führen dann über einige einschlägige Dörfer in Zentralchiapas: etwa Rizo de Oro oder Chacaljocan, die „Hauptstädte der Polleros“, wie Marianno sie nennt. „So funktioniert das auch mit den Rindern“, sagt Marianno. Mit den Rindern? „Ja, neben dem Menschen- und Drogenschmuggel wird auch Vieh geschmuggelt. Das wird ohne Veterinärsiegel von Honduras, Nicaragua oder Salvador über Chiapas nach Norden, zum Beispiel in den nördlicheren Bundesstaat Sinaloa gebracht, dort angefüttert und dann in die USA verkauft.“ Zum Teil seien es die gleichen Transporter, mit denen Indocumentados und Rinder über die Grenze geschafft würden. Dann seien sie halt etwas dicker, die Umschläge, die an den Kontrollstellen von Polizei und INM von den Kojoten hinterlegt werden. Es gebe Kojoten, die mit LKW-Konvois in einer Fuhre mehrere Hundert Leute nach Norden schaffen; meistens aber seien Gruppen um die zehn Leute unterwegs. Und dann gebe es die, die praktisch mit ihrem persönlichen Schlepper unterwegs seien.

In der Tat sei es an der Tagesordnung, dass Beamte „sexuelle Gefälligkeiten“ von Migrantinnen verlangen, bestätigt Marianno; das habe er unzählige Male erlebt. „Und wie überall an der Grenze haben wir auch in unserer

Stadt ein Bordell, wo alle zwei Monate die Frauen ausgetauscht werden.“ Die Polleros nehmen jungen Frauen ab 15 Jahren die Papiere ab, und zwingen sie für zwei Monate zur Prostitution, bis sie die 5.000 Dollar für die Weiterreise nach Norden zusammenhaben; das sei hier allseits bekannt.

Dass sich Mexikos Medien trotzdem vor allem mit den Zuständen an der mexikanischen Nordgrenze beschäftigen und man sich hier wie alle Welt über die Grenzpolitik der USA empört, ist für Marianno kaum nachvollziehbar. „Für Migranten ist Mexikos Südgrenze viel gefährlicher als die Nordgrenze. Hundertmal gefährlicher. Weil die Polizei in den USA viel fähiger ist als unsere und sie die Menschenrechte nicht so verletzt. Traurig, das sagen zu müssen, aber wir Mexikaner sind es, die zuerst die Rechte der Menschen aus Zentralamerika und anderen Ländern verletzen, die hier über die Südgrenze kommen. Moralisch steht es uns nicht zu, mit erhobenem Zeigefinger auf die USA zu zeigen.“ Und was ist mit dem Grupo Beta? Das sei doch eine löbliche Einrichtung, die ihresgleichen in Europa suche, wo mit der neuen EU-Grenzagentur Frontex eine ziemlich undurchsichtige supranationale Migrationspolizei entstehe. Marianno winkt ab. „Die Betas? Das sind doch die Schlimmsten von allen.“ Er erzählt von dem jüngsten Skandal um die Beta-Gruppe, von dem auch schon in Tapachula zu hören war. Mitarbeiter des ‚humanitären‘ Grenzschutzes hätten minderjährige mittelamerikanische Migranten festgehalten, die ihren Eltern in den USA nachziehen wollten. Erhebliche Lösegelder seien verlangt worden. Nein, Marianno kann sich nur eine Lösung für die mexikanische Südgrenze vorstellen: „Wir bräuchten internationale Beobachter zum Schutz der Migranten. Den mexikanischen Behörden ist einfach nicht zu trauen.“

In einem Dorf unweit von Comitán hat sich Jorge (Name geändert) zum Gespräch angekündigt. Aber wie bei den letzten zwei Versuchen, ist der hauptberufliche Pollero auch diesmal kurzfristig verhindert. Wie gestern verweist der Kontaktmann, ein weiterer ehemaliger Grupo Beta-Mitarbeiter auf mañana. Morgen, da sei er bestimmt zu sprechen. Morgen. Antworten, die mit mañana beginnen, bedeuten in Mexiko und Mittelamerika selten etwas Gutes, das war bereits in Guatemala nach wenigen Tagen unverrückbare Rechercheerkenntnis. Jorge musste noch mal schnell weg – geschäftlich, sagt seine freundliche Schwester fröhlich. Die Zwanzigjährige ist auskunftsfreudig; wieder gibt es Kakao und Chimbos, die landestypischen Süßwaren. Jorges Schwester will demnächst von hier wegziehen, in Tuxtla Guterrez, der Hauptstadt von Chiapas Informatik studieren. Ein Befreiungsschlag. Die Region hänge ihr zum Halse raus. „Hier geht es nur ums Geld. Und das kommt von den Migranten. In den Dörfern hier profitiert eigentlich jede Familie von den Illegalen.“ Wie ihr Bruder, arbeite hier fast jeder junge Mann als Pollero. Etwa ihre Nachbarn, die Jüngsten seien jetzt Schlepper in der

dritten Generation. Ein dichtes Netzwerk bilden die unzähligen frei schaffenden Schlepper, die den Migranten etwa an der Grenze bei Ciudad Cuauhtémoc ihre Dienste anbieten, die nicht den Paketpreis von 5.000 Dollar zahlen können oder wollen. Umgerechnet 15 bis 20 Euro pro Kopf kostet eine Tages- oder Nachtetappe bis Rizo de Oro, wo es dann mit dem nächsten Pollero weitergeht. Da sind die nächsten 15 bis 20 Dollar fällig, die Überfahrt im Boot über den Angostura-Stausee inklusive. Am nördlichen Ufer teilt sich mit den jeweils nächsten Polleros der Strom: die einen steuern die Güterzüge in Arriaga an, die anderen zieht es über Ocosingo ins chiapanekische Tiefland nach Palenque. In dem wegen seiner weltbekannten Maya-Ruinen touristisch stark frequentierten Ort, kreuzen sich die breiten Ströme der Rucksacktouristen und der Migranten. Deren nächste Etappe ist die andere süd mexikanische Güterzug-Linie, die sich vom angrenzenden Bundesstaat Tabasco nach Veracruz weiter ins Landesinnere zieht.

Aber die Schlepper selbst sind nur ein Standbein der Migrationsindustrie. Der rege, seit 15 Jahren nicht ablassende Fremdenverkehr der durchziehenden Indocumentados, spült genauso Vermietern diskreter Übernachtungsmöglichkeiten und Kleingastronomen Geld in die Kassen. Beliebt sei es auch, erzählt Jorges Schwester, sich von den Migranten Reisen durch Mexiko finanzieren zu lassen. Wer nach Nordmexiko will, lässt sich die Reise, Verpflegung und ein gewisses Taschengeld von einem mitreisenden undokumentierten Mittelamerikaner bezahlen. Dessen Chancen bis an die Nordgrenze zu gelangen, steigen an der Seite eines Mexikaners mit gültigen Papieren; oder es werden Wahlausweise ausgeliehen, die innerhalb Mexikos oft als Identifikation ausreichen. „Gerne läuft das aber so, dass der Migrant einen Verwandten aus den USA Geld auf den Namen des Mexikaners schicken lässt, der das Geld aber einfach einsackt. Was soll der Migrant auch machen, zur Polizei gehen?“

Warum aber sind bei all der augenscheinlichen Effizienz dieser Migration-Schattenwirtschaft in Chiapas dennoch die Abschiebegefängnisse randvoll mit Mittelamerikanern? 1,1 Millionen sollen es allein 2005 gewesen sein, die in Mexiko aufgegriffen und ausgewiesen wurden. Die Zahl stammt von amerikanischen Behörden und ist mit Vorsicht zu genießen; um den Abschreckungseffekt dieser natürlich auch in Mittelamerika verbreiteten Zahlen, weiß man auch bei der Washingtoner U.S. Customs and Border Protection. Und doch will einem die abstrakt hohe Zahl realistisch vorkommen, steht man zwanzig Kilometer von Tapachula entfernt in El Carmen, auf der guatemalteckischen Seite der Grenzbrücke über den Rio Usumacinta. Hier laden täglich mehrere voll besetzte Busse der mexikanischen Migrationsbehörde INM ihre Passagiere ab: abgeschobene Guatemalteken; unter ihnen sind immer wieder auch Migranten, die hier ungeachtet ihres Herkunfts-

landes ausgesetzt werden und zusehen mögen, wie sie weiter kommen nach San Marcos, Guatemala, nach Honduras oder Nicaragua. Kein Wunder, dass sich die Meisten gleich wieder ins System einspeisen und quasi auf dem Absatz kehrt zurück nach Mexiko machen. Grundsätzlich aber werden zumindest Honduraner und Salvadorianer inzwischen von Tapachula direkt nach Tegucigalpa respektive San Salvador durchgefahren.

Alle, die sich in einem der 10 bis 15 Busse wieder finden, die täglich Tapachulas Abschiebestation in Richtung Süden verlassen, alle haben sie eines gemeinsam: „Die haben nicht gezahlt. Oder sie sind über den Tisch gezogen worden“, sagt Marianno: „Der Pollero, der gezahlt hat, kommt durch. Der Undokumentierte, der gezahlt hat, kommt durch“, so einfach ist das.

„Mañana“, heißt es mal wieder. Morgen sei der Direktor sicher zu sprechen, sagt der geflissentliche Beamte hinter der dicken Glasscheibe im Vorraum des Abschiebegefängnisses in Tapachula. Aber das Innenministerium in Mexiko Stadt habe doch für jetzt einen Interviewtermin anberaumt, erwidert der Journalist, der sich wiewohl um 15 Minuten verspätet hat, weil der Überlandbus wegen sintflutartigen Regens auf Nebenstrecken ausweichen musste. Ärgerlich, gerade diese Verspätung. Allerdings wird Pünktlichkeit in Mexiko meist großzügig ausgelegt. Nur hier und heute offenbar nicht. Nein, jetzt sei der Direktor aber in einer Besprechung. Der Journalist sagt, er könne ja warten. Aber die Besprechung werde zwei Stunden dauern. Es ist kurz nach 19 Uhr. Morgen früh, da werde der Direktor gerne ein Interview geben. Morgen aber muss der Journalist nach Guatemala Stadt zurückreisen. Telefonate werden geführt, der Raum hinter der Glasscheibe füllt sich mit weiteren skeptischen Beamten. Ob ich denn einen gültigen Aufenthaltstitel und ein Journalistenvisum hätte. Hmm... Gott sei es gedankt, ein Verweis auf den Ansprechpartner der PR-Abteilung des Innenministeriums beantwortet die Frage offenbar ausreichend. Trotzdem: Der Direktor habe jetzt aber schnell die Anstalt verlassen müssen, die Besprechung habe wohl doch nicht so lange gedauert. „Ich mache Dir einen Vorschlag: morgen, Compañero, morgen früh, da rufst Du an und machst einen neuen Termin.“

In der „Neuen Migrationsstation Tapachula“ scheint man sich über den Besuch ausländischer Journalisten nicht sonderlich zu freuen. Soviel stand auch vor dem geplatzen Interview fest: Dabei war das Interview schon die Schwundstufe dessen, um das der Journalist gebeten hatte. Nach ungefähr 14 Anrufen über drei Wochen, Zeitaltern in Warteschleifen und ungezählten Email-Korrespondenzen mit dem mexikanischen Innenministerium war klar, dass eine Besichtigung des Abschiebegefängnisses nicht möglich sei. Maximal ein Interview mit dem Direktor. Den Beamten in Mexiko Stadt sind vermutlich immer noch die Bilder im Kopf, die Journalisten aus der alten, hoffnungslos überfüllten Abschiebestation nach draußen trugen: drei

Toiletten für je 300 Menschen, keine Duschen; die Insassen wurden nach Herkunftsländern getrennt: Im schwülheißen Klima Tapachulas gab es je eine schlecht belüftete große Zelle für Honduraner, eine für Salvadorianer, die Guatemalteken schliefen im Innenhof.

Da sollte man eigentlich stolz sein auf die 2005 in Betrieb genommene, fünf Millionen Euro teure neue Abschiebestation. Der große moderne, nach außen in freundlichem Pastellton gehaltene Bau etwas außerhalb von Tapachula, ist Flugschiff einer Flotte von 41 Abschiebegefängnissen, die Mexiko inzwischen überziehen. Finanziert wurden sie zu guten Teilen von den USA. Washington hat im Rahmen mehrerer bilateraler Abkommen mit Mexiko großzügig Gelder locker gemacht. „Plan Süd“ oder „Plan zur sicheren Wiederbeheimatung“ – so heißen diese breiten Maßnahmenkataloge, die die Durchlässigkeit der Südgrenze gewährleisten sollen. Der am 4. Juni 2001 in Kraft getretene Plan Sur umfasste die Verstärkung der Grenzposten an der mexikanisch-guatemalteken Grenze und eine umfassende Steigerung der Polizei- und Militärpräsenz in der gesamten Landenge von Tehuantepec. Hinzu kam im Januar des Folgejahres das „Programa de Repatriación Ordenada y Segura“, kurz: Repatriación Segura. Es verpflichtet Mexiko – und inzwischen auch Guatemala –, bei der Abschiebung von Migranten in ihre Herkunftsländer mitzuwirken. Mexiko darf sich für den seitdem beflissen unter Beweis gestellten Kooperationswillen Großzügigkeiten Washingtons versprechen; man hofft auf ein bilaterales Gastarbeiterabkommen. Guatemala dürfte dagegen schon froh sein, wenn die USA den Deportationstakt ein wenig verlangsamten würden. Im Gegensatz zu Salvador und Honduras hatte es Guatemala nach dem Hurrikan Stan versäumt, einen Temporären Schutzstatus, TPS, für seine Landsleute in den USA zu beantragen; auch deshalb werden zur Zeit gezielt und verstärkt Guatemalteken aufgegriffen und deportiert. Für Guatemalas Regierung bedeutet jeder und jede Abgeschobene mehr Druck auf den heimischen Arbeitsmarkt und weniger Devisenfluss.

## 12. Arriaga

„Hallo, mein Freund!“ Manuels Mail erreicht mich am zweiten Weihnachtstag. Seit 48 Stunden bin ich zurück aus Mittelamerika. „Ein frohes Neues. Bin gesund und munter. Mann, nur Weihnachten, das ist echt anders hier. In Nicaragua haben wir das immer super gut gefeiert.“ Manuels Mail kommt aus dem texanischen San Antonio. Vor gut fünf Wochen hatten wir uns über dreitausend Kilometer südlicher getroffen, in der Migranten-Herberge im süd-mexikanischen Arriaga. Mit rund fünfzig anderen Mittelamerikanern atmete Manuel einen Tag durch, um am nächsten Morgen am Güter-

bahnhof einen Zug nach Norden abzupassen. Einen Monat später ist er bei seinem Bruder in Texas. Manuel Barrera, der 21-Jährige, der als DJ bei ‚Radio FM‘ in Managua arbeitete hat es also gepackt. Vor ein paar Monaten war Manuel schon einmal durch Arriaga gekommen. Damals endete seine Reise einige Kilometer nördlich. Ein paar Tage, nachdem ihn die mexikanische Migrationspolizei aus einem Überlandbus gefischt hatte, fand er sich in Guatemala an der Grenzbrücke El Carmen wieder. Klar, dass er es ein drittes Mal versuchen würde, auch wenn sie ihn diesmal wieder erwischen würden. Da war er sich sicher: „Also entweder ich bin Anfang Dezember in den USA oder ich feiere Weihnachten mit meiner Familie in Nicaragua, ruh mich kurz aus und versuch’s dann halt wieder.“ Nicht nötig. Gerade mal drei Wochen hat Manuel bis nach Texas gebraucht. Seinen Bruder hatte er bei einer Razzia in Oaxaca aus den Augen verloren, jetzt wollen sie sich nach einiger Zeit in Texas nach Kalifornien durchschlagen. Sein Bruder, schreibt er, habe an der Grenze in Nuevo Laredo einen Kojoten bezahlt. Manuel hat es gratis auf eigene Faust geschafft.

Arriaga im November: Während Manuel und die anderen Migranten in der Herberge Mittag essen, sitzen gut zwei Kilometer entfernt drei junge Männer schweigend an den Gleisanlagen des Güterbahnhofs. Ein Baum wirft leidlich Schatten. Sie seien aus Honduras, von der Küste nahe La Ceibas. 15 Tage waren sie unterwegs, aber die letzten fünf Tage seien bei weitem die härtesten gewesen, erzählt einer der drei leise und stockend. Da sind sie in Tapachula aufgebrochen. Zweimal wurden sie unterwegs überfallen. Einer zeigt auf seine schmutzigen Tennissocken. Seine Schuhe, abgetragene Basketballstiefel haben sie ihm beim zweiten Überfall abgenommen; genauso seinen Rucksack. Geblieben ist ihm, was er am Leibe trägt. Socken, eine Armeehose und ein ärmelloses T-Shirt. Seit Tagen hätten sie nicht geschlafen, vom Hunger ganz zu schweigen. Ein paar Meter weiter, auf der Hauptstraße, macht eine bestgelaunte Schulkapelle auf sich aufmerksam. Die zehn Bläser und Trommler in ihren weißen T-Shirts und roten Trainingshosen buhlen um die Aufmerksamkeit von Kamera und Mikrofon. Sie recken ihre Daumen nach oben und wollen wissen, welches Medium sie denn da gerade berühmt mache. Grölend trotten sie an den Honduranern vorbei in Richtung Ortsmitte. Plötzlich trennt das ferne Blubbern eines Dieselmotors die Szenerie auf. Am Ende der Gleise setzt sich eine Rangierlok in Bewegung. Die drei Honduraner springen auf, kramen ihre Plastiktüten zusammen und laufen in Richtung Lok – was ihre Entkräftung vollends offenbart. Auf der Hauptstraße tun es ihnen vermeintliche Passanten gleich. Mehrere kleinere Gruppen tauchen hinter dem Bahnhofsschuppen und vom dahinter liegenden Sportplatz auf. Sie reihen sich an den Gleisen. An die Lok hat sich derweil eine Zweite gehängt. Mit einer handvoll Waggons kommt das

Gespann im Schrittempo heran gefahren. Auf einem mit rostigen Schienen beladenen Tieflader sitzen bereits einige Passagiere, andere stehen zwischen den Waggonen auf kleinen Trittstufen an den Kupplungen. Hektik kommt auf, als der Zug sein Tempo etwas anzieht. Konzentriert aber seltsam wort- und tonlos spielt sich das Ganze ab – vom Röhren der Diesel einmal abgesehen.

Paulino lehnt gelassen an einen Baum und beobachtet die Szenerie, die ihm bereits bekannt zu sein scheint. „Die rangieren jetzt hin und her bis der Zug ganz, ganz lang ist. Das dauert noch ein Weilchen.“ Warum ich das denn fotografiere und wo ich denn in den Staaten hinwolle, fragt der gut gelaunte junge Mann in blitzweißer Hose und seinem schwarzgoldenen Hemd mit chinesischem Drachenmotiv. Ich erkläre mich. „Deutschland? Ist das nicht in der Nähe der Schweiz? In die Schweiz, da würde ich gern mal hin. Ob er denn nicht mitfahre, frage ich den 19-jährigen Guatemalteken aus Malacatán zurück. „Ja, klar, zum Amerikanischen Traum“, präzisiert er fröhlich. Nach Nuevo Laredo, da gehe es hin. Da, wo ihn die mexikanischen Behörden vor ein paar Wochen schon einmal geschnappt und zurück nach Guatemala an die Grenzbrücke von Talismán und El Carmen gebracht hatten. Jetzt Versuch Nummer zwei. Der Zug kommt von seiner nächsten Rangierrunde zurück. Als der Tieflader erneut in Sichtweite kommt, nimmt Paulino sein Reisegepäck, eine 75-Gramm-Tüte mit Maischips, verabschiedet sich und trabt in Richtung Zug. Es geht los.

### 13. Ambivalenz

Es ist beeindruckend, wie man bei der Beschäftigung mit Migration schleichend in genau die Wahrnehmungsmuster zurückfällt, die man zu vermeiden suchte. Guatemala und die Grenzregion in Südmexiko interessierten mich als Raum, in dem man gleichsam unter dem Brennglas die Erscheinungsformen eines neuen globalisierten Migrationsverhalten beobachten kann. Das war meine Vermutung. Und das, glaube ich, habe ich in meinem Aufenthalt mehr als bestätigt gefunden. Eines wollte ich dabei von vornherein vermeiden: Die Erzählung weiterzuspinnen, die sich in journalistische Berichterstattung über Migration längst eingebrannt hat. Da treten Migrantinnen und Migranten, nicht selten namen- und gesichtslos, als Spielbälle fremder böser Mächte auf; als Marionetten – entweder als statistische Statisten zappelnd zwischen Push- und Pull-Faktoren, oder als mühselige und beladene Opfer nichts als niederträchtiger Schlepper und Schleuser. Letztere haben einen beachtlichen medialen Imageschaden erlitten. Hierzulande firmierten sie einst unter deutsch-deutschen Bedingungen im Typus des heroischen Fluchthelfers. Heute gibt es in den Medien kaum einen unein-

geschränkt negativeren Stereotyp, als den Schlepper. Dass es in der Tat unzählige brutaler und skrupelloser Kojoten und Polleros gibt, davon konnte ich mich in der regen Migrationsindustrie Zentralamerikas eindrücklich überzeugen. Dennoch sind viele der Schlepper und Schleuser aber zunächst nichts mehr und nichts weniger als kommerzielle Dienstleister. Ihr Geschäft stellt unter den Bedingungen repressiver Migrationskontrolle oft den einzigen ‚sicheren‘ Weg für irreguläre Migranten dar. Das in der Berichterstattung unendlich vervielfachte binäre Modell der Opferfigur Migrant und der Täterfigur Schlepper überblendet nicht nur andere, strukturelle ‚Täterschaften‘. Verdeckt wird auch, dass Migrantinnen und Migranten eben indem sie migrieren auch Gestalter ihrer Situation sind. Migranten handeln. Sie handeln, um einen grässlichen Neologismus zu verwenden, proaktiv. Oder, um es frei nach Marx zu sagen: Die Menschen machen ihre eigene Migration, „aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“. Kurz, das reduzierte mediale Schema wird dem nicht gerecht, was Migration nach meinen Beobachtungen dieser drei Monate vor allem ist, nämlich ambivalent. Der Migrationsstrom *al norte* ist Ausdruck eines von unter Globalisierungsdruck kollabierenden Nationalstaaten verursachten massiven Elends, das serielles Leid bedeutet. Zugleich aber besteht dieser Strom aus aktiv handelnden Subjekten, die zu einem besseren Leben aufbrechen, etwa indem sie jenem „amerikanischen Traum“ nachgehen. Dieser Traum endet – im Transit oder im Zielland – oft genug in extremer Ausbeutung. Gleichzeitig haben die Migrationsbewegungen produktive Netzwerke und Strategien entstehen lassen, die unzählige Biografien auffangen. Weder ist Migration nur Problem, noch ist sie nur zu bejubelnde interkulturelle Bereicherung für die Zielländer. Sie sei traurig und sie sei so glücklich, hatte die 19-jährige Maria Teresa in Tapachula gesagt, sie verlasse ihre Familie, aber sie breche auf in eine bessere Zukunft.

Beobachten konnte ich auf meiner Reise zudem, wie sich diese Ambivalenz in der Migrationskontrolle fortsetzt. Wie in Europa rechnen auch die nordamerikanischen Ökonomien illegalisierte Migranten als Verfügungsmasse fest ein. Der Migrationsstrom wird vom Arbeitsmarkt gleichsam bewirtschaftet und muss dennoch politisch eingehegt und kontrolliert werden. Hermetisch abschließbare Staatsgrenzen gibt es nicht – schon gar nicht über mehrere Tausend Kilometer Länge. Das enge Netz der Abschiebegefängnisse in Südmexiko, am Ende des Tages nichts anderes als ein Lagersystem, dient denn auch nicht der vollständigen Versiegelung der Grenze und der totalen Verhinderung von Migration. Vielmehr geht es darum, die wuseligdiffus und unsichtbar bleibenden Migrationsströme ans Licht zu bringen, zu filtern und zu steuern.

Die Soziologen Serhat Karakyali und Vassilis Tsianos beschreiben in einer im Frühjahr 2007 erschienenen, lesenswerten Anthologie über die „Turbulenten Ränder“ Europas, was mit wenigen Abstrichen auch für die mittelamerikanische ‚Zonengrenze‘ gilt: Europas Peripherie, in diesem Fall Südosteuropa, ist nicht nur eine zunehmend nervösere Konfliktzone sondern auch ein „migrationspolitisches Laboratorium“. Verschiedene Versuchsanordnungen probieren sich hier an einer effektiveren Einhegung von Migration. Für Mittelamerika gilt das allemal: Hier ist es im Unterschied nur ein turbulenter Rand – der kann am und um den Rio Suchiate besichtigt werden. Das hier betriebene Labor ist verglichen mit dem europäischen das dienstältere. In Europa, zumindest in Mitteleuropa, scheint man migrationspolitisch den Schuss erst in den letzten Jahren gehört zu haben. In Mexiko und den USA hallt er ein Jahrzehnt länger durch die zuständigen Gänge. Und prototypisch kann in Südmexiko besehen werden, was sich an den EU-Außengrenzen abzeichnet: Effektive und undurchlässige Grenzen bestehen nicht mehr allein aus Stacheldraht, Mauern, Kameras oder Nachtsichtgeräten. Es sind komplexe, flexible Systeme aus supranationalen Verträgen, bilateralen Abkommen genauso wie medialen und visuellen Maßnahmen. Mit dem teilweisen Outsourcing ihrer Grenzkontrollen im „Plan Süd“ und dem „Plan zur sicheren Wiederbeheimatung“ erproben die USA so ein neues, gleichzeitig repressiveres und weiches Modell von Grenze – jenseits der eigenen Staatsgrenze; längst greift die Regionalisierung der Migrationskontrolle über Mexiko hinaus auch auf den Nachbar Guatemala.

Dass die USA zur gleichen Zeit ihre Südgrenze in aberwitzigem Maße militärisch ausbauen, steht dazu nur scheinbar im Widerspruch. In Mittelamerika firmiert der vom US-Kongress beschlossene 1.200 Kilometer lange, sicherheitstechnisch hochgerüstete „Zaun“ als El Muro. Er scheint in erster Linie inneramerikanische Symbolpolitik zu sein. „Die Mauer? Die Mauer ist vor allem erst einmal ein Kniff der Republikaner, bundespolitische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren“, meint der Washingtoner Migrationsexperte Manuel Orozco. „Da will man Kapital aus Anti-Einwanderungs-Resentiments schlagen. Aber die Debatte in den USA ist viel breiter“. In den einzelnen Bundesstaaten sei die Politik ohnehin viel liberaler.

Wie weit her ist es aber mit der Liberalität außerhalb der Mauer? Insbesondere in der Pufferzone, zu der die mexikanische Südgrenze im Rahmen der regionalisierten Migrationspolitik für die USA geworden ist? Auf beiden Seiten dieser Grenze, in Mexiko und Guatemala, herrschen hartnäckige Korruption und quasi rechtsfreie Räume; die Garantie von Menschenrechts-Mindeststandards ist hier auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Hier genauso wenig wie in den Staaten des Maghreb, die von der EU verstärkt als Grenz-Gendarmen vorgeschickt werden.

Bleibt die Frage, wie lange Europa und Nordamerika die allzu offensichtlichen Widersprüche durchhalten werden: zwischen einer durchglobalisierten, transnationalen Ökonomie, in der Waren, Kapital und Dienstleistungen frei um den Globus flottieren, während Menschen in den Grenzen von Nationalstaaten oder Wirtschaftsböcken eingefasst bleiben.

Wie stand es Ende März 2006 auf Transparenten in Downtown Los Angeles geschrieben, als gut eine Million Menschen gegen verschärfte Einwanderungsbestimmungen auf die Straße ging? „We didn't cross the border, the border crossed us!“

#### **14. Credits**

Auf das Herzlichste „danke“ sagen möchte ich: Familie Rodas in Guatemala Stadt – die für mich auf ewig den Begriff Hospitalidad Chapina ausfüllen wird; allen Kolleginnen und Kollegen der Investigación beim Periodico – für ein titanisches Maß an inhaltlicher, logistischer und humoristischer Unterstützung; Kathrin Zeiske in Tapachula – für Einblicke in ihr enzyklopädisches Wissen über Migration und ihre tägliche Arbeit mit Migrant/innen und politische Einnordungen; allen Gesprächs- und Interviewpartnern – für Zeit und grammatikalische Nachsicht; der Heinz-Kühn-Stiftung und damit vor allem Ute Maria Kilian – für das Vertrauen in dieses Recherchevorhaben, für eine geduldige und ambitionierte Betreuung – vor und nach der Reise. Danke.